

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 27. Juni 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Kampf gegen die Notverordnung

Bundesausschuß des ADGB. erhebt schärfsten Protest und fordert Abänderung in kürzester Frist

Am 20. Juni trat der Bundesausschuß mit den Gewerkschaftsredakteuren und den Vertretern der Bezirksausschüsse des ADGB. im Reichswirtschaftsrat zusammen. Es galt, Stellung zu nehmen zur wirtschaftlichen und politischen Lage, insbesondere aber Protest zu erheben gegen die Notverordnung und schnellste Abänderung zu fordern. Darüber hinaus wurde eine völlige Abkehr von der heutigen Begünstigungspolitik für Großindustrie und Großagrarier verlangt und ein klares Programm aufgestellt, wie der augenblicklichen Finanznotlage des Reiches, der Länder und Gemeinden beizukommen ist. Die Belebung der Wirtschaft und Entlastung des Arbeitsmarktes ist nur auf völlig anderen Grundlagen möglich, als es die unerträgliche Notverordnung vorsieht. Kernpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen verbleibt die Durchführung einer

allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit Einstellungszwang neuer Arbeitskräfte. Nach ausführlichem Bericht des Vorsitzenden Leipart und eingehender Debatte, in der unsere Kollegen Schumann und Orlopp die besonderen Nöte der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe eindringlich schilderten, wurde die nachfolgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Ueberzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. nicht erreicht werden kann. Die Notverordnung steht außerdem in schroffem Widerspruch zu den Grundätzen sozialer Gerechtigkeit, sie erfordert nach wie vor den schärfsten Kampf für ihre Abänderung in kürzester Frist. Angesichts der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden und umfangreichen Kündigungen von Auslandsguthaben und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbestreben bedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muß diesem Ziel gewidmet sein.

Daß außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber anderen Kundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung. Wirtschaftsnöte in der ganzen Welt verlangen eine internationale Wirtschaftspolitik, die von gegenseitigem Vertrauen getragen und auf gegenseitige Förderung gerichtet ist.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortab verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden.

Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Uebernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen. Solche Reichsmonopole würden die Möglichkeit der Verhinderung von Kapitalabwanderung und neben der Förderung inländischer Kapitalbildung unmittelbare Einnahmequellen schaffen. Durch weiteren Ausbau der Erbschaftsteuer könnte gleichfalls eine Erhöhung der Reichseinnahmen gesichert werden.

Angesichts der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischen Gebieten ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der Agrarpolitik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sondervorteilen für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet. Eine entschlossene Handelspolitik auf der Grundlage der Meistbegünstigung zur Förderung des deutschen Industrie-Exports ist dringend geboten. Ihr Ziel muß der internationale Abbau der Zölle sein.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut ihre Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ersten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere durch zielbewusste Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unseren Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

* * *

Wir lassen nun den Gesamtbericht über die 12. Ausschüßung des ADGB. folgen:

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes wies Leipart darauf hin, daß der Bundesvorstand zu der Frage des neunten Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidenversicherung an die Reichsregierung gerichtet hat. Leipart streifte die Ausschüßung des IGB. in Madrid und die bisherigen Vorschläge der vom IGB. und der SAJ. eingesetzten Abrüstungskommission. Von Seiten eines englischen Komitees, in dem Lord Robert Cecil eine führende Rolle spielt, wird die Einberufung einer großen Friedenskonferenz angeregt, die in Paris stattfinden soll. Diese Konferenz soll sich an die weitesten Kreise richten. Der IGB. und die SAJ. haben ihrerseits schon früher davon abgesehen, eine solche allgemeine Konferenz in Vorschlag zu bringen, da ihre Auswirkung zu gering ist. Leipart ging dann auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Reihe von Verbänden sind vom Reichsarbeitsministerium zu Beseitigungen in der nächsten Woche geladen worden. Leipart erörterte kurz die dadurch geschaffene Sachlage. Der Bundesausschuß wird sich auch mit der Frage der Lehrlingsordnung beschäftigen müssen. Der Standpunkt der Gewerkschaften war stets, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollen.

In der Aussprache trat Thiemig (Fabrikarbeiter) dafür ein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit in der in der Notverordnung geplanten Art nur dann durchgeführt werden dürfe, wenn sie mit einem Einstellungszwang verbunden sei. Ebenso muß ein Lohnausgleich gefordert werden. Krauß (Buchdrucker) hielt es für notwendig, daß die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium in einheitlichem Sinne geführt werden. Der Einstellungszwang muß, wenn die Verkürzung der Arbeitszeit durch Verordnungen herbeigeführt werden soll, durch die gleichen Verordnungen eingeführt werden. Leipart erklärte, daß die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit überall gegeben sind. Aber ihre praktische Durchführung nur in einzelnen Gewerbebezügen widerspricht einmal der grundsätzlichen Auffassung der Gewerkschaften und schafft außerdem weitgehende, für die Tätigkeit der Gewerkschaften wie auch für die Wirtschaft selbst unerträgliche Verschiedenheiten in den Arbeitsbedingungen der einzelnen Gewerbe. Bernhard (Bauarbeiter) betonte: Die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt die Forderung der Gewerkschaften. Sie ist eine arbeitsmarktpolitische Forderung. Wir wollen arbeitslose Kollegen in die Betriebe bringen. Die Gewerkschaften müssen für die Arbeitslosen sorgen. Auch Brandes (Metallarbeiter) erklärte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften an der 40-Stunden-Woche nach wie vor festhalten müssen. Eggert bemerkte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 Proz. eingetreten sei. Die Arbeitszeitverkürzung darf nicht nur unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise beurteilt werden.

Leipart stellte in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungszwang auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften voll entsprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Stellungnahme zur allgemeinen Lage.

Diese Verhandlungen leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen hat, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen. Als die Notverordnung erschien, hat der Bundesvorstand gemeinsam mit dem AFA-Bund seine Meinung in Erklärungen dargelegt, die in der Presse erschienen. Er hat seine ablehnende Haltung auch in einer Unterredung begründet, die Vertreter aller gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Reichskanzler, dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsfinanzminister am 15. Juni hatten. Es war kennzeichnend, daß die Vertreter aller Gewerkschaften (also auch die „Christlichen“ und „Hirsche“) in ihrer absoluten Ablehnung der sozialen Un Gerechtigkeiten der Notverord-

nung einig waren. Von der Einberufung des Reichstages war in der ganzen Unterredung mit keinem Wort die Rede. Die Vertreter der Gewerkschaften unterließen auch nicht auf die Dinge hinzuweisen, die in der Notverordnung bestrebungsweise überhaupt nicht berührt worden seien. Nichts stehe z. B. darin über die Kontrolle der Kartelle. Die Vertreter der Reichsregierung verteidigten die Unabänderlichkeit der Notverordnung im gegenwärtigen Augenblick mit dem Hinweis auf die Argumente, die ihnen bei den eingeleiteten Verhandlungen über die Revision der Reparationsregelung entgegengehalten worden seien. Wenn diese Notverordnung jetzt nicht durchgeführt werde und die Regierung zurücktrete, so werde jede kommende Regierung zu noch viel schärferen Maßnahmen gezwungen sein. Die Gefahr eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und weit größerer sozialer Not könne nur gebannt werden, wenn die Finanzen des Reichs geordnet würden. Dazu sei auch erforderlich, daß im Ausland der Eindruck vermieden werde, der Regierung sei es mit ihren Sparmaßnahmen nicht Ernst. Der Reichskanzler wie die beiden anderen Minister gaben die Brutalität der Bestimmungen der Notverordnung zu, sie sei aber nicht zu vermeiden gewesen und sie könnten sich jetzt nicht auf überhäufte Änderungen einlassen, die ja nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Parteien gefordert würden, sondern auch von ihren Gegnern. Die Notverordnung ist in Kraft getreten. Was ist nun weiter zu tun? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird gewiß keine Zeit verstreichen lassen, entsprechend der in letzter Stunde vom Reichskanzler gegebenen Zusicherung, in eine Beratung über Änderung von Einzelheiten einzutreten, diese Verhandlungen möglichst bald aufzunehmen. Leipart schloß seine Ausführungen mit einer eingehenden Begründung der Entschliebung, die der Bundesvorstand vorlegt.

In der Debatte kam in den Reden der Verbandsvertreter die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck. Nachdrücklich wurden von allen Rednern, besonders auch von unserem Kollegen Orlopp, die geradezu unerträglichen Eingriffe in das Tarifrecht hervorgehoben, die insbesondere die Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter treffen. In Berlin z. B. tritt für den Handwerker in Gemeindebetrieben eine Stundenlohn senkung von 27 Pf., in Solingen gar von 37 Pf. ein. Wenn diese Kürzungen durchgeführt würden, so sind für die öffentlichen Betriebe die größten Befürchtungen berechtigt. Es kann nicht geduldet werden, daß einfach auf dem Wege des Diktats eine solche Lohnsenkung unter dem Vorwand eines angeblich notwendigen Ausgleichs durchgeführt wird. Die Einwirkungen auf die gemischtwirtschaftlichen Betriebe und auf die Privatindustrie würden nicht ausbleiben. Erst sollen die Löhne gesenkt werden, um dann bei der Arbeitszeitverkürzung diese niedrige Lohnbasis festzuhalten. Für die Bauarbeiter schafft die neue Notverordnung ein neues Ausnahmerecht, das alle bisherigen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in gleicher Richtung gingen, noch überbietet. Es wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspricht dem Geist der Verfassung mindestens so scharf wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben. Als eine besondere Ungerechtigkeit wurde festgestellt, daß das Reich den Tabakarbeitern, die infolge der Reichssteuererhebung arbeitslos geworden sind, die Sonderunterstützung ohne weiteres entzieht.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist, und verschärft wird durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will. Ihr Sinn war, eine weitere Erschütterung des deutschen Kredit systems zu vermeiden, eine Gefährdung der Währung zu verhindern. Es galt eine schlimmere Situation zu verhüten. Greifbare Kredite für das Kapital bedeuten in der heutigen Situation Arbeit für die Arbeiter. Das werden auch die Arbeiter auf die Dauer einsehen. Ebenso wie sie einsehen müssen, daß bei 5 Millionen Arbeitslosen die Abwehrmittel der Arbeiterorganisationen begrenzt sind. Die Gewerkschaften haben beim Lohnabbau wie durch ihre Entscheidung in der letzten Woche Schlimmeres verhütet. Denn manche Länder und noch vielmehr Gemeinden standen vor der Situation, nicht mehr ihre Beamten und Arbeiter bezahlen, nicht mehr ihre Sozialrentner auszahlen zu können. Das wäre eine finanzielle, eine wirtschaftliche, eine politische Katastrophe gewesen. Gewiß, die Solidarität der Arbeiter ist die stärkste und beste Waffe. Diese Solidarität mit einem Schläge ein-

zulegen wäre scheinbar auch eine Möglichkeit gewesen, die zum Erfolg hätte führen können. Tatsächlich sind aber außerparlamentarische Waffen in der heutigen Situation schwer anwendbar. Die Frontscheidung in Besitzende und Nichtbesitzende ist heute leider keine so klare, wie manche Heißsporne denken. Denn innerhalb der großen und wachsenden Schicht der Nichtbesitzenden und Abhängigen bestehen so starke Gegensätze, daß an ein gemeinsames Vorgehen nicht zu denken wäre. Weder die Kommunisten noch die deklarierten Mittelschichten würden mit der organisierten Arbeiterschaft sich zu gemeinsamem Kampf zusammenschließen. Auch heute ist die finanzielle Situation noch keineswegs gesichert. Die Devisenabzüge haben sich in den letzten Tagen wieder gesteigert. Die Maßnahmen, die die Reichsbank in dieser Situation ergreifen hat und ergreifen kann, sind ihrem Wesen nach zweischneidiger Natur. Immerhin wächst im Ausland das Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands. Auch die amerikanischen Banken sind in keiner günstigen Lage. Das gleiche gilt in noch höherem Maße für England. Es gilt am wenigsten für Frankreich. Daher wurde in der Debatte von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß Frankreich vielleicht am ehesten für die Gewährung langfristiger Kredite in Betracht kommen könne.

* * *

Inzwischen ist insofern eine völlig neue Situation entstanden, als die deutsche Regierung am 20. Juni von Amerika ein Moratorium erbat. Präsident Hoover hat darauf einem europäischen Schulden-Festjahr in folgender Erklärung zugestimmt:

„Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, und zwar sowohl bezüglich des Kapitals wie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privathänden befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahrs unter der Bedingung, daß die wichtigeren Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben.“

Zweck dieses Schrittes ist, das kommende Jahr der wirtschaftlichen Erholung der Welt zu widmen und die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die bereits am Wiederaufbau arbeiten, von den von außen kommenden verzögernden Faktoren zu befreien. Die über die ganze Welt verbreitete Depression hat die europäischen Staaten mehr in Mitleidenschaft gezogen als uns. Einige jener Staaten fühlen die Verminderung ihrer wirtschaftlichen Stabilität durch diese Depression in ernstem Maße. Das Gewicht der Regierungsschulden, das in normalen Zeiten tragbar wäre, drückt inmitten dieser Depression schwer auf die Völker.

Aus einer Reihe von Gründen, die aus der Depression resultieren, beispielsweise der Preiskürzung fremder Waren und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität im Ausland, begann eine abnorme Zuwanderung von Gold nach den Vereinigten Staaten, wodurch die Kreditfähigkeit vieler fremder Staaten vermindert wurde.

Diese und andere Schwierigkeiten im Ausland verringern die Kaufkraft für unsere Exportwaren und sind daher in gewissem Umfang schuld an unserer fortdauernden Arbeitslosigkeit und den fortdauernd niedrigen Preisen für unsere Farmprodukte. Rechtzeitige Maßnahmen sind daher geboten, um den Druck dieser ungünstigen Faktoren im Ausland zu lindern, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen, und dadurch den politischen Frieden und die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern.

Die Autorität des Präsidenten der Vereinigten Staaten bezüglich der Lösung dieser Probleme ist begrenzt, da er hierin vom Kongreß unterstützt werden muß. Dem Präsidenten ist von führenden Mitgliedern beider Häuser des Kongresses herzliche Unterstützung zugesichert worden. Der Kern des Vorschlages ist, den Schuldner Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität zu geben, und ich richte an die Amerikaner den Rat, in ihrem eigenen Interesse gute Gläubiger und gute Nachbarn zu sein.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benutzen, meine Ansicht über unsere Beziehungen zu den deutschen Reparationen und den uns von den europäischen alliierten Regierungen geschuldeten Summen offen zu äußern: Unsere Regierung hat sich nicht an der Auferlegung der Reparationen beteiligt noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Absicht keinen Anteil gehabt an den allgemeinen Reparationen oder an der Aufteilung von Kolonien oder von Privateigentum. Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und für Wie-

deraufbauzwecke gewährten, wurde auf einer Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendwie zusammenhängt noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde. Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich billige nicht im entferntesten die Streichung der uns geschuldeten Summen.

Das Weltvertrauen würde durch einen derartigen Schritt nicht gefördert werden. Keiner unserer Schuldner hat das je vorgeschlagen, aber da die Basis der Fundierung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent unsere eigenen Prinzipien durch, wenn wir die gegenwärtigen normalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen. Ich bin davon überzeugt, daß das amerikanische Volk nicht den Wunsch hat, den Versuch zu machen, vom Schuldner mehr herauszuholen, als er zahlen kann.

Diese Haltung entspringt vollkommen unserer bisher befolgten Politik. Wir werden dadurch nicht in die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen; wir wollen lediglich unsere Bereitschaft ausdrücken, zur baldigen Erholung der Weltprosperität, an der unser Volk so stark interessiert ist, unser Teil beizutragen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß wir, obgleich dieser Schritt mit der für nächsten Februar angesetzten Konferenz zur Beschränkung der Landrüstungen nichts zu tun hat, doch die Hoffnung haben, angesichts des starken Einflusses des Vertrauens auf die gegenwärtige Depression werde unser Schritt zu freundschaftlicheren Beziehungen beitragen, die für die Lösung dieser wichtigen Rüstungsfrage so notwendig sind.“

Wenngleich die endgültige Entscheidung durch den amerikanischen Kongreß erfolgen muß, haben doch bereits 23 Senatoren und 18 Mitglieder des Repräsentantenhauses zugestimmt, so daß die Annahme ziemlich sicher ist. Auch von England liegen zustimmende Äußerungen vor, so daß (bei Redaktionschluss) noch Frankreich, Italien und die kleineren Staaten ausstehen, die ebenfalls ihre Einwilligung auf einjährigen Verzicht geben müßten.

Die Auswirkungen des Moratoriums sind etwa folgende: Vom 1. Juli 1931 bis 1. Juli 1932 sind keine Reparationsgelder zu zahlen (1618,9 Millionen Mark). Davon sind aber 670 Millionen Sachleistungen. Es wäre also erforderlich, den deutschen Innenmarkt entsprechend zu kräftigen, sonst bestünde die Gefahr weiterer Arbeitslosigkeit! Ob darüber hinaus noch die Möglichkeit besteht, durch eine langfristige Anleihe in Amerika oder Frankreich eine weitere Sanierung der deutschen Finanzen herbeizuführen, bleibt abzuwarten.

Wenngleich das bevorstehende Moratorium (Aufschubsfrist) für die deutschen Staatsfinanzen sowohl als auch für die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Erleichterung bedeuten, verbleibt für die deutschen Gewerkschaften nun erst recht die wichtigste Aufgabe, gegen die unvernünftigen und unsozialen Bestimmungen der Notverordnung mit aller Kraft anzugehen.

Deshalb darf kein Kollege in dieser schweren Zeit fahrlässig werden! Es ist vielmehr gerade jetzt Pflicht jedes Vertrauensmannes, ja jedes einzelnen Mitgliedes, für den engsten Zusammenhalt in unserer Organisation Sorge zu tragen.

Mit bloßem Schimpfen und Beiseitestehen oder gar mit den Methoden der RGO. würden wir alsbald in eine noch viel schwierigere Situation kommen. Jamohl! Der deutsche Arbeitnehmer hat nicht nur weiterhin viel zu verlieren, wenn er nicht in geschlossener freigewerkschaftlicher Abwehrfront bleibt, er wird auch seinen Angriffswillen, um wieder bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse, besseres Sozialrecht und bessere Staats- und Wirtschaftspolitik zu erzwingen, nicht durchführen können, bei weitergehender Zersplitterung seiner Kräfte.

Wir aber wollen den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen. Gegen den Unverstand der Unternehmer und der Regierenden, aber auch gegen den Unverstand jener Massen, die uns noch fernstehen und denen wir zurufen:

Erwacht! Kommt in die freie Gewerkschaft! Es gibt keinen anderen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse als Einheit und Geschlossenheit aller Arbeitnehmer!

E. D.

An die Partei!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat am 18. Juni 1931 den nachfolgenden Aufruf an seine Mitglieder herausgegeben:

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Die Sozialdemokratische Partei hat den Kampf gegen die Notverordnung aufgenommen. Sie will die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse erhalten. Dazu sind Sparbarkeit am rechten Ort und neue Einnahmen notwendig. Die Notverordnung spart an den Ärmsten und schont die Reichsten. Die Sozialdemokratie fordert, daß ihr sozial ungerechter Inhalt durch einen gerechteren ersetzt wird. In diesem Kampf steht die Sozialdemokratie fast allein. Im Reichstag hat sie von 577 Sitzen nur 143 — ein Viertel! Die anderen Parteien, die sich gegen die Notverordnung erklärt haben, verfolgen ganz andere Ziele als sie. Nationalsozialisten und Deutschnationale, Großagrarien und volksparteiliche Scharfmacher wollen die Arbeiterbewegung vernichten. Sie wollen eine Regierung der Rechten als Ueberleitung zum Faschismus. Dazu brauchen sie den Zusammenbruch. Ihn herbeizuführen ist der Zweck ihrer Ministerarbeit — und die Kommunisten helfen ihnen dabei!

Die Krise ist schwer. Die öffentlichen Einnahmen sinken. Die Ausgaben steigen. Ausländische Gläubiger haben ihre Guthaben abgezogen. Die Reichsbank hat eine Milliarde in Gold und Devisen hergeben müssen; sie kann bald keine Noten mehr drucken, weil die Golddeckung fehlt. Dadurch wird eine neue Inflation verhindert, aber nicht das Steigen der Not. Werden die Kredite weiter eingeschränkt, so drohen Zusammenbrüche und vermehrte Arbeitslosigkeit. Und wenn die Gemeinden kein Geld mehr haben, um Unterhaltungen zu zahlen — was dann? Die Rechtsradikalen und die Kommunisten rühret das alles nicht. Ihnen ist es recht, wenn es noch schlimmer wird, denn sie hoffen, im trüben fischen zu können. Im wachsenden Elend des Volkes suchen sie politischen Gewinn. Die Sozialdemokratie will von dem, was jene wollen, das gerade Gegenteil: Schutz der Massen vor wachsender Verelendung, nicht die Katastrophe und nicht den Bürgerkrieg! Sie will gerechte Maßnahmen, um die sozialen Leistungen zu erhalten. Der Rechtsdiktatur durch Steigerung des Elends den Weg zu ebnet, das überläßt sie den Kommunisten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat richtig gehandelt, indem sie

die Pläne der faschistisch-kommunistischen Koalition zuschanden machte. Sie hat richtig gehandelt, indem sie für diesen Zeitpunkt die Einberufung des Reichstags ablehnte. Sie hat richtig gehandelt, indem sie auf den sofortigen Zusammentritt des Haushaltsausschusses verzichtete. Sie tat es, nachdem die Reichsregierung demnächstigen Ausschußberatungen zugestimmt und sich außerdem zur vorherigen Milderung einiger sozialer Härten bereit erklärt hatte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat richtig gehandelt, indem sie eine in harten Verhandlungskämpfen errungene Position besetzte, um von ihr aus den Kampf um die unbedingt notwendigen weiteren Änderungen der Notverordnung fortzuführen.

Die Regierung Brüning ist nicht unsere Regierung. Wir haben mit ihr weiter nichts zu tun, als daß wir ihr gegenüber die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten.

Parteigenossen! Zerreißt doch endlich das Lügengewebe der Gegner, die erzählen, daß an der Regierung Brüning, an der Notverordnung, an der Wirtschaftskrise, kurz an allem Uebel der Welt die Sozialdemokratie die Schuld trägt! Zeigt den Massen die wirklichen Kräfteverhältnisse, erklärt ihnen die Gründe unseres Handelns! Wir verhehlen nicht die Schwere des Kampfes, nicht die Größe der Gefahr. Kommt eine Rechtsdiktatur, so ist nicht nur jede Hoffnung auf eine Erleichterung der Reparationslasten zerstört, sondern auch dem Fortschritt des Sozialismus die brutale Gewalt entgegengesetzt. Die Demokratie, die politischen Rechte der Arbeiter zu erhalten, ist doppelt notwendig in einer Zeit, in der das Verfallen des kapitalistischen Systems den Kampf für den Sozialismus zur Forderung des Tages macht.

Mehr umstritten, mehr gehaßt und mehr berannt denn je, geht die Sozialdemokratie, ganz auf sich selbst und die Treue unserer Genossen gestellt, im Sturm ihren Weg. Sie bleibt, was sie war und ist: die deutsche Arbeiterpartei!

Parteigenossen! Gebt den Zweifelnden neuen Mut, zeigt den Irrenden den rechten Weg! Stärkt die Macht der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften! Je schwerer der Kampf, je größer die Gefahr, desto notwendiger sind Einheit und Begeisterung für die großen Ziele des Sozialismus.

Es lebe die freie Arbeiterbewegung! Es lebe die Sozialdemokratie!

„Ärztliche“ Mitteilungen

Im Zentralorgan des Leipziger Verbandes, der 90 Proz. aller deutschen Ärzte in sich vereinigt, finden wir einen Artikel von Egon Bandmann, der sich mit der Arbeitslosenversicherung und der neuen Notverordnung beschäftigt. Der Leipziger Verband hält es für zweckmäßig, eine Attacke gegen die Gewerkschaften zu reiten.

Es wird vor allen Dingen ein weiterer allgemeiner Leistungsabbau verlangt, weil nach Auffassung des Verfassers die Gewerkschaftspropaganda völlig irrig sei, wonach ein Lohnabbau eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bewirke. Bandmann schlägt vor, einen Fünfjahresplan aufzustellen, mit einer Ersparnis von 20 Milliarden, die zur Belebung des Arbeitsmarktes notwendig seien.

Die Ärztlichen Mitteilungen machen sich damit zum Sprachrohr der reaktionärsten Kreise. Es müsse in rigorosester Weise geprüft werden, ob eine Bedürftigkeit zur Zahlung der Arbeitslosenunterstützung vorliege. Der Erwerbslose müsse verpflichtet werden, den Beweis zu erbringen, daß er unfähig Arbeit suche und bereit sei, jede Arbeit anzunehmen.

Die Beibehaltung der Tarifverträge müsse nach Auffassung des Artikelschreibers bewirken, daß nach und nach alle Angehörigen des deutschen Volkes stempeln gehen müssen. Er bringt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß es diese vermaledeiten Gewerkschaften sind, die an der Armut des deutschen Volkes schuld sind.

Die Arbeitslosenunterstützung dürfe für einen Familienvater höchstens 20,50 Mk. pro Woche betragen, dieser Betrag müsse nach unten abgestuft und so gestaltet werden, daß ein alleinstehender Arbeiter pro Woche höchstens 14,50 Mk. erreiche. In Städten unter 100 000 Einwohnern müsse ein weiterer Abzug bis zu 20 Proz. erfolgen. Außerdem soll die von den Gewerkschaften bezahlte Arbeitslosenunterstützung auf die von der Behörde gezahlte Unterstützung im Ausmaße von mindestens 50 Proz. zur Anrechnung kommen. Wenn diese Herabsetzungen durchgeführt werden, ist der Abstand zwischen Unterstützung und ortsüblichem Wochenlohn groß genug, um in der Arbeitnehmerschaft einen Anreiz zu schaffen,

Arbeit zu solchen Lohnsätzen anzunehmen, die den Unternehmungen die Bildung der erforderlichen Kapitalreserven gestatten.

Deutlicher, brutaler und gewissenloser sind niemals Arbeitgeberinteressen vertreten worden. Daß das in den Ärztlichen Mitteilungen im Zentralorgan des Verbandes der Ärzte Deutschlands geschieht, muß allgemeines Kopfschütteln hervorrufen. Ist es doch der Leipziger Verband gewesen, der seinen Mitgliedern neben den sehr beträchtlichen Beiträgen, die sie zu bezahlen haben, eine Extrarumlage von 100 Mk. pro Mitglied beschert hat, die den Zweck haben sollte, solche Ärzte, die durch die Notverordnung wirtschaftlich geschädigt worden sind, zu unterstützen. Hoffentlich vergißt man nicht, auch diese Unterstützungen entsprechend in Rechnung zu stellen, denn auch dem Leipziger Verband mußte bekannt sein, daß heute schon zu denjenigen Proletariern, die stempeln gehen müssen, eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Ärzten gehört.

Die Saisonarbeiter sollen für die Zukunft überhaupt keine Unterstützung mehr erhalten. Dasselbe Schicksal sollen alle Jugendlichen unter 25 Jahren teilen.

Zum Schluß sagt Bandmann:

„Die neue Notverordnung Brünings ist ein erster Schritt auf diesem Wege — es ist zu begrüßen, daß sich die allzu starren Dämme eines gewerkschaftsbürokratischen Denkens, des sich zu Unrecht als sozial ausgiebig, zu lockern beginnen, zu begründen aber nur dann, wenn alle hier aufgestellten Forderungen durchgeführt sind.“

Was aber sagt der Vertreter Italiens auf dem Internationalen Hospitalkongreß:

„Wir in Italien sind dabei, die Sozialversicherung aufzubauen. Natürlich gibt es auch bei uns Ärzte, die sich gegen die Sozialversicherung wenden. Aber unser faschistisches System gibt uns die Macht in die Hand, die Ärzte von der Richtigkeit unserer Bemühungen zu überzeugen. Besonders hebe ich hervor, daß wir unsere Sozialversicherung nach dem Muster Deutschlands aufbauen, weil wir dieses System der Sozialversicherung für mustergültig halten.“

Kommentar überflüssig!

P. L. e. v.

Freiherr vom Stein

Zu seinem hundertsten Todestage am 29. Juni 1931

Am 29. Juni sind hundert Jahre seit dem Tode des Freiherrn vom Stein vergangen. Sein Name ist unlösbar verknüpft mit der Geschichte der deutschen Selbstverwaltung, deren Schicksal und zukünftige Gestaltung auch heute wieder eine der Grundfragen unseres politischen und sozialen Lebens ist. Anlaß genug, uns an diesem Gedenktage des Schöpfers der Selbstverwaltung zu erinnern und sein Werk in den Gesamtzusammenhang der geschichtlichen Entwicklung zu stellen.

Karl Freiherr vom Stein entstammte einem alten reichsunmittelbaren Geschlecht und hat sich im Grunde seines Wesens nie als Preuße, sondern immer als Deutscher gefühlt. Zu einer Zeit, als Deutschland nur noch ein Begriff war, schrieb er: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland. Wir sind die Dynastien vollkommen gleichgültig, sie sind nur Werkzeuge. Mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine

Selbständigkeit und Nationalität wiederzuerlangen und zu behaupten. Das ist das Interesse der Nation und ganz Europas. Es kann auf dem Wege alter, zerfallener und verfaulter Formen nicht erhalten werden.“ In fünfundzwanzig Jahren praktischer Verwaltungsarbeit war Stein — als er 1804 Minister wurde — das Wesen des friderizianischen Staates klar geworden, in dem, nach den Worten des großen Philosophen Hegel, jeder Bissen, der vom erzeugenden Boden zum Mund geführt wurde, durch Staat, Gesetz und Regierung untersucht, berichtigt und befohlen wurde. Man kann nicht sagen, daß Stein von dem, was er erlebt und erfahren hatte, restlos begeistert gewesen wäre. Zwar hatte er das Bewußtsein — wie er in einem Briefe resignierend vermerkte — „nicht ganz unnütz und unwirksam sein Leben zu verleben, manches Gute zu veranlassen und manches Böse zu verhindern“. Aber viel konnte er nicht ändern an dem erstarrten und versteinerten Gefüge dieses militärischen und bürokratischen Apparates — der sich „die Preussischen Staaten“ nannte. Jede kleinste Reform hing ab „von zehn antiken Etats, zwanzig Registraturen, fünfzig Verfassungen, hundert Privilegien und unzähligen persönlichen Rücksichten“, wie sein Vorgänger schrieb, Graf Struensee, der sich und andere mit den Worten tröstete: „Eine Zeit wird die Pästete ja wohl noch halten“.

Stein, der angesichts des napoleonischen Aufstiegs das Gegenteil ahnte, versuchte noch vor der Katastrophe eine Aenderung der elenden Kabinettswirtschaft zu erreichen. In einer Denkschrift — die den König nie erreichte — kennzeichnete er seine Ministerkollegen „wie ein Jakobiner die zu köpfenden Würdenträger an der Barre des Revolutionstribunals“ und verlangte, daß die Staatsgeschäfte von verantwortlichen Ministern geleitet würden. Aber bevor irgend etwas geschehen konnte, brach die unabwendbare Katastrophe herein. In wenigen Tagen krachte nach Jena und Auerstädt der feudale Junkerstaat zusammen, das Beamtentum — die von Stein so glühend gehaßten „Buralisten“ — versagte, das Heer löste sich auf, die Festungen kapitulierten freiwillig. Die Pästete hatte nicht mehr gehalten.

Noch war der Weg für Stein nicht frei. Seine Wünsche auf Aenderung des Kabinettsystems lehnte der König ab, und als Stein darauf beharrte, jagte dieser traurigste aller Hohenzollern den einzigen Mann, der noch mit ruhigem Kopfe die Situation beherrschte, schimpflich davon. „... Sie vielmehr als ein widerpenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind ... wenn Sie nicht Ihr respektwürdiges und unanständiges Benehmen zu ändern gewillt sind, kann der Staat keine große Rechnung auf Ihre ferneren Dienste machen. gez. Friedrich Wilhelm.“ Das war echte Hohenzollernart. Hundert Jahre später sagte ein anderer Hohenzoller von seinem Kanzler, der allerdings ein Bülow und kein Stein war: „Ich habe das Euder weggejagt.“

Sechs Monate später allerdings war Stein auf Wunsch Napoleons — eine Ironie der Geschichte — wieder im Amt; mit allen Vollmachten versehen. Die Ergebnisse dieser zweiten

Ministerschaft sind als „Steinsche Reformen“ in die Geschichte eingegangen.

Am eindrucksvollsten und für sein politisches Wollen am kennzeichnendsten hat Stein seine Pläne in der berühmten Nassauer Denkschrift vom Juni 1807 und fünfzehn Jahre später in den „Bemerkungen über die allgemeinen Grundsätze des Plans zu einer provinzialständischen Verfassung“ niedergelegt. Als Leitmotiv seines Planes hat er selbst bezeichnet, „aus dem Volke eine Nation zu bilden“. „Die Nation muß daran gewöhnt werden, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus dem Zustand der Kindheit herauszutreten“, in dem sie der Despotismus der Fürsten so lange gehalten hatte. Sein Ziel war, die Untertanen zu Bürgern zu machen und sie „durch Ueberzeugung, Teilnahme und Mitwirkung bei den Nationalanlegenheiten an den Staat zu knüpfen, den Kräften der Nation eine freie Tätigkeit und eine



Freiherr vom Stein
* 26. Oktober 1757, † 29. Juni 1831

Richtung auf das Gemeinnützige zu geben“. Der Staat ist für Stein „kein landwirtschaftlicher oder Fabrikverein, sondern sein Zweck ist religiös-sittliche, geistige und körperliche Entwicklung, es soll durch seine Einrichtungen ein kräftiges, mutiges, sittlich-geistvolles Volk, nicht allein ein kunstreiches, gewerbeschäftiges, gebildet werden“. Sehr fein hat ein neuerer Historiker diese etwas hausbackene Philosophie einmal gekennzeichnet als eine ethische Mittellage des Lebens, wie sie so mancher treffliche Landpfarrer jener Zeit sonntäglich gepredigt haben mag. Aber gerade in dieser einfachen, in sich ruhenden Geschlossenheit seiner sittlichen Anschauungen und seines Charakters lag seine Stärke. Er stand den großen geistigen Auseinandersetzungen zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts ziemlich unbeteiligt gegenüber. „Ideen“ bezeichnete er als Hirngespinnste, mit denen sein ganz auf das Erfassen der Wirklichkeit und praktisches Handeln eingestellter Sinn nichts anzufangen vermochte. Stein war weder ein Liberaler noch ein Demokrat — den Ideen

der großen Französischen Revolution hat er insoweit feindlich gegenübergestanden. Die materielle soziale Gleichheit, das Formprinzip der Demokratie, hat in seinem Denken nie eine Rolle gespielt. Nichts lag ihm ferner als die neuen vom Westen kommenden Ideen, die in dem von allen Bindungen gelösten Kampf der Individuen das Mittel zur Herstellung der gesellschaftlichen Harmonie erblickten. Er war zur Lockerung der alten Bindungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet nur soweit bereit, als zur Verwirklichung seiner Vorstellungen vom Gemeinschaftsstaat unbedingt erforderlich war. Daß diese Bindungen fallen mußten, um dem Kapitalismus Bahn zu schaffen, — der allerdings härtere mit sich brachte — hat Stein nie erkannt, nie begreifen wollen. So sind denn auch die wirtschaftlichen Reformen jener Zeit allermeist das Werk anderer. Die große Bauernbefreiung — von der so viel Aufhebens gemacht wird — ist im Vergleich mit der Abschaffung aller feudalen Herrschaft in Frankreich ein kümmerliches Werk, das den Bauern mehr Schaden als Nutzen, den Junkern aber, die am meisten dagegen schrien, mehr Nutzen als Schaden brachte. Steins Werk liegt in erster Linie auf politischem Gebiet, in der Reform der verrotteten Verwaltung, des absolutistischen Staates.

Von all seinen weitreichenden Plänen ist allerdings nur die Städteordnung verwirklicht. Mit ihr ist die Idee der „Selbstverwaltung“ zum erstenmal Wirklichkeit geworden. Den Zustand der Städte vor den Steinschen Reformen hat Franz Mehring einmal treffend gekennzeichnet als „zur einen Hälfte Domänen und zur anderen Hälfte Garnisonen“. Der Absolutismus hatte alles selbständige Leben erstickt. Staatliche Steuerräte und Garnisonchefs führten ein absolutes Regiment, denn Preußen war nicht ein Staat, der eine Armee, sondern eine Armee, die einen Staat hatte, in dem sie gleichsam nur einquartiert stand. Die Stellen vieler Bürgermeister, Kammerer usw. galten oft nur als eine bequeme Versorgung invalider Feldwebel, und die Magistrate standen unter strengster Vormundschaft der Regierungen — der „Kriegs- und Domänenkammern“. Kein Wunder, wenn ein solcher Staat, an dessen Wohl und Wehe außer der Herren-

hätte niemand Anteil nahm, beim ersten Anstich zusammenbrach. Hier setzte Steins Reform ein. „Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen“, war das Motto des Entwurfs zur Städteordnung des Königsberger Polizeidirektors Frey — dessen Todestag ebenfalls in diesem Jahr sich zum hundertsten Male jährt. Diesen Entwurf, der von Steins Ideen getragen war und ihnen die gesetzliche Form gab, legte man den weiteren Beratungen zugrunde. Nur Unerhebliches wurde geändert, und im Oktober 1908 lag die Städteordnung fertig vor.

Es war eine völlige Abkehr vom bisherigen Zustand. Justiz und Polizei wurden den Städten genommen und zur Staatssache erklärt, dafür aber erlangten sie in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten eine außerordentliche Freiheit. — Die Herrschaft des Militärs in den Städten wurde beseitigt, denn — so hatte Frey geschrieben — „Wir erwarten ganz vergebens, daß der Gemeingeist bei uns erwachen werde, wenn wir nicht den Militärs die Schranken anweisen, die es in allen Ländern, wo Gemeingeist herrscht, nicht überschreiten darf.“ Die bisherige Wahl nach „Ordnungen, Zünften und Korporationen“ wurde aufgehoben. Die stimmberechtigten Bürger sollten lediglich als Mitglieder der Stadtgemeinde wirken. Damit war das ständische Prinzip gefallen und das demokratische in die Selbstverwaltung — und damit zum erstenmal in das politische Leben Deutschlands eingeführt. Die Stadtverordneten sollten frei und unabhängig von Instruktionen abstimmen, wie es pathetisch hieß: „Das Gesetz und ihre Wahl sind ihre Vollmacht, ihre Ueberzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten ist ihre Instruktion, ihr Gewissen aber ist die Behörde, der sie Rechenschaft zu geben haben.“ Allerdings ging durch die ganze Städteordnung ein Gedanke Steins: die Bevorzugung des Eigentümers. Zwei Drittel der Stadtverordneten mußten mit Haus oder Grundbesitz in der Stadt angelesen sein. Auch die französischen Revolutionsverfassungen machten das Staatsbürgerrecht vom Besitz abhängig. Aber für Stein war Besitz nicht das Erhebungsprinzip der neuen individualistischen-kapitalistischen Gesellschaft. Für ihn bedeutete das Eigentum nicht nur ein wirtschaftliches, sondern viel stärker ein sittliches Prinzip. Grundbesitz war für ihn die wichtigste Verknüpfung des Bürgers mit dem Staate. Besitzlosigkeit bedeutet für Stein Unruhe und Gärung im Staat — daher finden wir bei ihm, vor allem in seinen späteren Jahren, eine heftige Abneigung gegen die „Fabrikhüchling“, gegen die eigentumslosen, heimatlosen Menschen“. Hier zeigen sich deutlich Steins Grenzen: Sein unzeitgemäßes Wesen und sein rückwärts gewandter Blick verwehrten ihm die Erkenntnis für die gewaltigen Wandlungen auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Ihnen steht er ratlos gegenüber. Auswanderung ist das einzige Mittel, das er gegenüber der Zunahme der Besitzlosen zu nennen weiß.

Schon fünf Tage nach Unterzeichnung der Städteordnung mußte Stein zum zweitenmal den preussischen Staatsdienst verlassen, diesmal für immer. Von zwei Seiten wurde er auf das schärfste bekämpft. Von den preussischen Junkern und ihrem französischenfreundlichen Anhang und von Napoleon.

Die Junker Osteuropas wußten, warum sie Stein und die übrigen Reformer, wie den Bauernsohn Scharnhorst, so leidenschaftlich und haßerfüllt bekämpften. Es ging um ihre Vorrechte, die sie Fuß um Fuß verteidigten. Herr von der Marwitz aus dem Osten Preußens klagte, daß „Stein und Scharnhorst dabei sind, aus unserem alten, ehrwürdigen Brandenburg-Preußen einen neumodischen Judenstaat zu machen“. Stein kannte seine Gegner und hat sie treffend gezeichnet: „Der Adel im Preussischen ist der Nation lästig, weil er zahlreich, größtenteils arm und anspruchsvoll auf Gehälter, Ämter, Privilegien und Vorzüge jeder Art ist. Dieses Gros halbgebildeter Menschen läßt nun seine Annahmen zur großen Last seiner Mitbürger in seiner doppelten Eigenschaft als Edelleute und Beamte aus.“ Ihre gutsherrlichen Rechte und das Monopol auf die höheren Stellen waren dieser Clique teurer als die Selbstständigkeit des Staates. Napoleon kam den patriotischen Junkern zu Hilfe. Am 13. Dezember erließ er von Madrid aus ein Edikt, das Stein in Acht und Bann erklärte.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst widmete Stein sich der Vorbereitung des Kampfes gegen Napoleon. Nach fünf weiteren schweren Jahren war der Kampf entschieden. Napoleon wurde nach Elba verbannt, Stein ging auf seinen Landsitz. Preußen hatte keine Verwendung mehr für ihn. Die Reaktion begann. Die preussischen Junker, jetzt wieder oben auf, legten über den Reichsfürstern.

Das Jahr 1815 brachte für Stein neue schwere Enttäuschungen. Vergebens hoffte er, daß sein sehnlichster Wunsch

nach Erneuerung des Deutschen Reiches in Erfüllung gehen würde. Als er endlich ein sah, daß die Fürsten nicht daran dachten, ihre Versprechungen einzulösen, zog er sich verbittert zurück. In harten Worten hat er seinem Haß gegen das „Lumpengefindel der Fürsten“ Ausdruck gegeben. Nie wieder hat ein Staatsmann vom Range Steins so unerschrocken und wahr das „fürstliche Elend“ Deutschlands gekennzeichnet.

Stein fühlte die Wandlung aller Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, aber er war infolge der steigenden Ueberschätzung seiner historischen Vorbilder, die in ihm zum Dogma erstarrten, nicht mehr imstande, das Grundfähige dieser Wandlung in ihrem Wesen zu erkennen. Immer mehr erlag er selbst der Reaktion. Einige Monate vor seinem Tode, im März 1831, wurde auch die Städteordnung ihrer ersten Revision in reaktionärem Sinne unterzogen. Ihr Zweck war — wie ein preussischer Professor schrieb — „die ärmere ungebildete Klasse der Bürger aus dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu entfernen“. Stein hatte noch zugestimmt. Er glaubte auf diese Weise die besitzenden Stände rein halten zu können und sah nicht, daß diese „Revision“ der erste Akt des beginnenden Klassenkampfes zwischen kapitalistischem Bürgertum und Proletariat war um die Herrschaft in der Selbstverwaltung.

Hundert Jahre sind seitdem vergangen!

Wenn wir uns noch einmal das Werk Steins und seine Grundgedanken vergegenwärtigen, so empfinden wir in aller Schärfe den gewaltigen Abstand, der uns geistig wie politisch, wirtschaftlich und soziologisch von jener Zeit trennt. Kaum eine der Voraussetzungen, auf denen Stein sein Werk aufgebaut hat, ist heute noch vorhanden.

Vor allem hat sich, seit im Jahre 1918 der monarchische Obrigkeitsstaat durch den demokratischen Volksstaat ersetzt wurde, das Verhältnis von Staat und Selbstverwaltung grundlegend geändert. Während im Obrigkeitsstaat Selbstverwaltung und Staat sich als zwei gegensätzliche Formen des staatlichen Lebens gegenüberstanden, kann das jetzt nicht mehr der Fall sein, da ja alle Gewalt vom Volk ausgehen soll. Da der Wille des Gesamtvolkes aber der umfassendere ist, muß der des kleineren Kreises, der Gemeinde, dem größeren nachstehen. Das bedeutet keineswegs, daß alles selbständige Leben in den Gemeinden erstickt werden und die Zeiten des absolutistischen Staates wiederkehren sollten. Es bedeutet vielmehr, daß alle für das Gesamtleben des Volkes entscheidenden Fragen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auch vom Gesamtvolk einheitlichen Richtlinien unterworfen werden müssen. Heute hat sich das Aufgabengebiet des Staates gegen früher gewaltig vergrößert. Aus dem rein politisch-verwaltenden Staat ist ein „Wirtschafts- und Sozialstaat“ geworden. Da ist es selbstverständlich, daß nicht mehr wie zu Zeiten Steins jede einzelne Gemeinde nach ihrem Gutdünken leben und wirtschaften kann. Das zeigt sich vor allem auf dem Gebiet der Finanzen. Ferner wollen wir nur hinweisen auf das große Gebiet der öffentlichen Wirtschaft. Soll diese z. B. durch weitestgehende Planwirtschaft den Krisen der privatkapitalistischen Wirtschaft entgegenwirken, so ist auch das nur im Rahmen einheitlicher und allgemeiner Richtlinien möglich. Außerdem werden viele Aufgaben, die früher die Gemeinden erledigten, von den erst in der Neuzeit entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern erfüllt, die in einheitlichem Aufbau durch das ganze Reich hindurchgehen. Diese knappen Andeutungen zeigen, daß die moderne Entwicklung naturnotwendig das freie Arbeitsfeld der Gemeinden einengen muß. Ueberall neue Ziele, neue Probleme, die sich mit den alten Formen und Formeln nicht meistern lassen.

Die Forderung: „Zurück zu Stein!“, die gerade in diesen Tagen so oft erhoben wird, ist darum kaum mehr als eine gedankenlose Phrase. Unsere Aufgabe kann es nur sein, den Begriff der Selbstverwaltung für die heutige Zeit in seiner Bedeutung und seinem Wesen zu erfassen und neu zu gestalten. Dabei werden gerade für uns Sozialisten die sittlichen und geistigen Energien, die dem Werke des Freiherrn vom Stein noch immer entströmen, willkommenen Hilfskräfte sein können. Denn auch Stein war der Vorkämpfer einer Gemeinschaft, in der das Individuum wenig, die Gemeinschaft und das allgemeine Wohl alles bedeuten. Die Bindung der Einzelnen zu einem übergeordneten gemeinsamen Zweck ist vielleicht der einzige, gewiß aber der höchste Gedanke, der uns mit den Ideen des Schöpfers der deutschen Selbstverwaltung verbindet. R. R.

Neue Wege der Kindererziehung

Die sozialistische Kinderfreundebewegung kann als die jüngste Mitarbeiterin der modernen Arbeiterbewegung angesehen werden. Ihrer besonderen Bedeutung gemäß ist sie vornehmlich eine Erziehungs- und Bewegung, auch eine „pädagogische Provinz“ im Staate, die das Vakuum, das durch das Ungenügen des staatlichen Unterrichtswesens entsteht, durch eine neue Lebens- und Arbeitsgesinnung in fortschrittlichem Geiste ausfüllen will. Dabei soll die aufbauende Arbeit der schon vielerorts wirkenden Reform- und Versuchsschulen nicht übergangen werden; im Gegenteil, diese Arbeit anzuerkennen und zu unterstützen ist unsere Aufgabe. Aber selbst die modernsten Schultypen unserer Tage beschränken sich noch im überwiegenden Teil darauf, Lehranstalten und keine Lebens- und Erziehungsgemeinschaften in unserem Sinne zu sein. Sie dürfen auch gar nichts anderes sein, da sie sich ja noch in den sehr widerspruchsvollen Organismus des heutigen kapitalistischen Staates einfügen müssen.

Welcher Weg aber gegangen werden muß, um die Kinder der Arbeiterschaft für die Gestaltung einer besseren Zukunft zu befähigen, zeigen die Bemühungen der Kinderfreunde. Elementarunterricht zu erteilen ist nicht ihre Aufgabe, aber aus den ihr anvertrauten Kindern eine lebendige, freundschaftsreiche Gemeinschaft zu machen, ist ihr im Laufe des verhältnismäßig kurzen Wirkens gelungen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen als eine neue Form die Kinderrepubliken, die als Zeltlager veranstaltet werden. Hierauf aufmerksam zu machen, ist der Sinn dieser kurzen Zeilen.

Warum Zeltlager? Diese Frage ist schon oft von Eltern und Erziehern gestellt worden und die Beantwortung, die selbstverständlich aus dem Vokabularium der Erziehungsgrundsätze der Kinderfreunde entnommen wurde, nicht immer recht anerkannt und gewürdigt worden. Ausgangspunkt war die Ueberzeugung, für die Arbeiterkinder von etwa 10 bis 14 Jahren die glücklichste Form einer gemeinschaftlichen Erziehung zur Ordnung, Freundschaft und Hilfsbereitschaft zu finden. Diese drei Notwendigkeiten jeder menschlichen Gemeinschaft sind auch zu den Maximen und Parolen der Bewegung geworden. Man kann das auch durch mehr oder weniger lehrhafte Unterweisungen tun, aber eindrucksvoller und vor allem kindsgemäßer ist es, alle die Dinge, die zu der Existenz eines freien und solidarisichen

Menschen notwendig sind, selbst erarbeiten, selbst erleben zu lassen. Die Zeltlager und besonders die seit Jahren veranstalteten großen Zeltrepubliken der Kinderfreunde geben genügend Gelegenheit, jedes Kind schon frühzeitig in den Rhythmus und in die Funktionen eines sozialistischen Staates, der für die erwachsene Arbeiterschaft noch ein Traum von morgen ist, einzuordnen. Hier, in seiner Zeltlagergemeinschaft, erlebt das Kind oft zum ersten Male die Gesamtheit als Ganzes, die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe, das „Wir“, das „Alle für alle“. Indem es sich nicht nur als Bürger seiner Republik, sondern auch als gleichberechtigter Träger und Funktionär seines selbstgeschaffenen Staates empfinden lernt, wächst in ihm ein größeres Gefühl für Verantwortlichkeit und Treue, als das durch eine auch noch so gut gelehrte Staatsbürgerkunde der Fall sein kann.

Aus diesen Anmerkungen versteht sich, daß die Zeltlagerrepubliken auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind. In ihnen lebt der fruchtbare Gedanke einer Selbstverwaltung, reguliert und ventiliert durch eine sinnvolle, dem Geltungstrieb und kindlichen Empfinden angepasste Form eines Parlamentarismus. 12 bis 15 Kinder schließen sich zu einer Zeltgemeinschaft zusammen, wählen aus ihren Reihen einen Obmann. Die Zeltobleute bilden das Dorfparlament (unter Vorsitz des Bürgermeisters). Aus der Mitte des Dorfparlaments werden die Vertreter ins Lagerparlament gesandt, die die Volkvertretung der gesamten Republik ist. Dem Lagerparlament gehören außer den Dorfabgeordneten noch der Lagerpräsident, der Lagerobmann, die Bürgermeister der einzelnen Zeltböden und die Sachverwalter (für Ernährung, Material, Post, Veranstaltungen usw.) an.

Diese gewählten Vertreter und Körperschaften verwalten den Haushalt nach rationalen Prinzipien, die die gesamte Oekonomie und Organisation notwendig macht, und repräsentieren die Kinderrepublik. So leben nun die Kinder (9000 in fünf reichsdeutschen und einem dänischen Lager sind es schon im vergangenen Jahre gewesen) mit den erwachsenen Helfern vier Ferienwochen in Lust, Sonne und Freiheit. Alle tragen sie dazu bei, daß der Staat, den sie selbst errichtet haben, zur Heimat ihres Glaubens und ihrer Freude wird. Sie sind alle stolz auf ihre Republiken; die erwachsene Arbeiterschaft, in deren Reihen einstmalig ihre Kinder kämpfen werden, kann es auch sein. W. G. O.

Erziehung zur Verantwortlichkeit

Selbst der erwachsene, um ungezählte Erfahrungen reichere Mensch ist oft schwer für die Verantwortung zu haben. Um wieviel schwieriger, komplizierter ist diese Erziehung erst mit dem nach Ergebnissen aller Art drängenden, aber unerfahrenen jungen Menschen!

Die gesellschaftliche Lage des jungen Menschen stellt uns, die sozialistische Jugendbewegung, vor eine entscheidende, verantwortliche Aufgabe. Wir wollen und dürfen nicht dulden, daß der junge Mensch ziel- und planlos durch die erlebnis- und konfliktreiche Entwicklungszeit irrt!

Es ist zu bedenken, daß früher wie auch heute der Jugendliche überall dabei sein muß, um Anerkennung seines Daseins zu finden. Seit je ist der Jugendliche bemüht, im Nachhaken unjugendlicher und überflüssiger Erwachsenenmanieren und -unsitten sich Ergebnisse zu schaffen. Ihm würde ja sonst in seinem zunehmenden Erlebnis- und Erfahrungskreis ein Maßstab für den Stand seiner Entwicklung fehlen. Auf jeden Fall will er etwas gelten, will er anerkannt und ernst genommen werden!

In dem Mühen des Jugendlichen um Geltung und Anerkennung hat er zumeist unter den Härten seiner erwachsenen Umgebung (Erzieher und Miterzieher) seelisch — oft auch noch körperlich zu leiden.

Es ist einfach eine pädagogische Unverantwortlichkeit des Erwachsenen, die bei Jugendlichen doch noch nicht vorhandene Selbstständigkeit im Denken und Handeln ohne weiteres vorauszusetzen. Und das trotz der Bewertung des Jugendlichen als „dummer Junge“.

Gerade jetzt, da sich hinter so vielen Arbeitermädels und -jungen die Schulportale geschlossen haben, um irgendwo am Werkplatz, um irgendwo im Leben Aufgaben lösen zu helfen, mögen sich die Erwachsenen an ihre eigenen Jugendgedanken und -tage erinnern. — Ist es denn wirklich schon so schwer, mit den Gedanken junger Menschen denken zu können?

Gewiß war die bisherige Schulerziehung in der Entfaltung und Betätigung aller ehr- und schuldigen Triebe von entscheidendem Einfluß auf das Unter- und Zueinanderverhalten der Jugend-

lichen und Erwachsenen. Aber gerade diese Tatsache veranlaßt die Jugendbewegung zu einer energischen Abwehr.

Nicht zuletzt auch darum Abwehr, weil dieses gemeinschaftsstörende und pädagogische Uebel auch in den Gedanken und Handlungen mancher Jugendführer und -erzieher herausspukt. Ihnen ist die Jugend und Jugendbewegung nicht mehr als eine willkommene Gelegenheit für die Anwendung ihrer von Launen, Herrsch- und Geltungssucht abhängigen Erziehungstheorie.

Es bedarf gewiß keiner Führerqualitäten, um die naturgegebene Oppositionslust junger Menschen persönlich und demokratisch auszuwerten. Unverantwortlich ist es, mit der Opposition allein eine Jugendbewegung und somit auch junge Menschen geistig und seelisch zu formen und zu bilden. Anstatt dem drängenden Jugendlichen als Führer, als Erzieher sachliche Aufgaben und Ziele um seiner selbst und um der Sache willen aufzuzeigen und zu fördern, hält man es häufig mit einer Methode, die keine ernste Ueberlegung erfordert. Mit dieser Methode erzieht man wohl einen künftigen Mörgler und Stänkerer — Tatsachen beweisen das leider nur zur Genüge —, aber niemals einen für die Förderung unserer Idee bereiten Menschen!

Der Jugendliche braucht nicht unbedingt eine von außen hereingetragene oppositionelle Begeisterung; er ist doch innerlich selbst reich genug daran.

Aber diese vorhandene, natürliche Begeisterung zu einem sittlichen Gemeinschaftserlebnis gestalten zu helfen, muß die Aufgabe des Führers sein.

Was wir brauchen — mehr denn je, ist eine durch Stellung und Lösung von Aufgaben bewirkte seelische Entspannung des konfliktreichen jugendlichen Menschen; somit die Hineindrängung in unsere Gedanken- und Ideenwelt. Die Verantwortlichkeit des Führers und Erziehers gegenüber einer Idee und seiner Träger verlangt auch den Mut, bei erzieherischen und sachlichen Notwendigkeiten in der Jugenderziehung, sich auch einmal bei den jungen Menschen „unbeliebt“ zu machen.

Wenn alle einig sind . . .

III.

Der Innenminister lief dem Präsidenten nach. Telephone schallten. Die ganze Schupo der Stadt wurde alarmiert.

Im Saal herrschte Schweigen. Die Gewerkschaftler hatten gleich nach dem Präsidenten den Raum verlassen. Mastischew wimmerte leise. Samuel Wolf zog sich unentwegt an der Nase, während Hofrichter in seine Papiere starrte.

Von der Straße tönte jetzt ohrenbetäubendes Geschrei herauf. Samuel Wolf schlich sich ans Fenster, und Mastischew verbarg den Kopf in den Armen. „Ich kann nicht mehr“, schluchzte er auf.

Der Präsident war auf der Rampe erschienen. Ein Faustschlag in den Rücken beförderte ihn bis an die Balustrade. Er wollte sprechen, aber im gleichen Augenblick stürzte sich eine Schar jüngerer Leute auf ihn. Die Lage war außerordentlich gefährlich. Da sprang eine Frau, eine bekannte Abgeordnete der Arbeiterpartei, vor, teilte unter den am nächsten Stehenden einige kräftige Ohrfeigen aus und rief:

„Schämt ihr Lämmels euch nicht? Ihr vergreift euch an einem wehrlosen Mann?“ Sie stand schützend vor dem Präsidenten mit geballten Fäusten. „Und ihr könnt schnell nach Hause gehen, ehe die Grünen kommen! Es ist Zeit zum Abendbrot!“ wandte sie sich an die Menge.

Man lachte und schrie ihr zu. Die Situation entspannte sich. Nach längerem Hin und Her wurde der Präsident in den Senat zurückgebracht, die Masse zerstreute sich. Als die Schupo eintraf, fand sie nur noch ein zertrümmertes Auto und einen seiner Deichsel beraubten Wagen. Die Revolver blieben in den Futteralen.

„Wir haben einen schönen Sieg errungen!“ Mastischew war wieder auf der Höhe. „Ich glaube, den Herrschaften ist für einige Zeit die Lust vergangen.“ Er lachte ein breites Lachen.

„Ich glaub' es nicht“, entgegnete ihm sehr ernst Hofrichter. „Vielleicht ist gerade dies der Auftakt zum Generalstreik. Am besten, wir machen uns mit dem Gedanken vertraut, daß die Zeit der großen Gewinne bald zu Ende ist!“

„Sie sind ein Schwarzseher!“ Mastischew klopfte ihm wohlwollend auf die Schulter. „Kommen Sie, lieber Wolf, wir müssen ins Theater, sonst schimpfen unsere Frauen.“

*

Unterdessen traten die Gewerkschaften für die Idee des Generalstreiks ein, der jetzt als die einzige Rettung erschien. Die Not war bei allen gleich groß, alle wußten, daß ihnen das Messer an der Kehle saß, und während die Abgeordneten der Deutschnationalen im Parlament gegen die Stabilisierung kämpften, einigten sich die Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes mit den Christlichen und mit den freien Gewerkschaften auf den Generalstreik. Eine große Protestkundgebung, von allen Gewerkschaften veranstaltet, wurde in den größten Saal der Stadt einberufen, in einen Saal, in dem sonst die Grals-erzählung oder Chopinsche Nocturnos ertönten.

Am Nachmittag kam es im Parlament zu wilden Lärmereien. Die Rechte und die Wirtschaftsparteien, die hinter dem Senat standen, erklärten, die Not der Arbeiter und Angestellten sei gar nicht so groß. Es handle sich allein um boshafte Uebertreibungen, die regierungsfeindliche Elemente in Kurs setzten. Die Opposition nannte darauf die Regierung Schieberknechte und Volksverräter, es hätte nicht viel gefehlt, und die Senatoren wären verprügelt worden. Die Erbitterung war auf das höchste gestiegen.

Zu acht Uhr war die Versammlung einberufen worden. Schon eine Stunde vorher drängten die Massen in den Saal, der für diesen Ansturm zu klein war. Im Garten und auf dem freien Platz, der das Gebäude von der Gasse trennte, fanden Parallelversammlungen statt. Das Publikum bildeten Arbeiter und Angestellte jeden Alters. Auch ein paar gutverdienende Bürger waren erschienen, um ihre Neugierde zu befriedigen.

Als Redner war ein bekannter sozialistischer Abgeordneter bestimmt. Er sprach kurz und treffend. Die Arbeitnehmer zeigten bis jetzt den Geldkreisläuf das größte Entgegenkommen. Sie hätten einen heldenhaften Kampf mit der täglich steigenden Not geführt, aber der Zustand wäre jetzt unerträglich geworden. Die Arbeiter-schaft wäre in Gefahr zu verhungern und schnellste Abhilfe die Forderung des Tages. Das sinnlose Verhalten des Senats bei der Demonstration der Werftarbeiter bewiese, daß von dieser Seite keine Hilfe zu erwarten sei. Die Arbeitnehmer müßten sich selbst helfen und der Regierung ihren Willen aufzwingen. Der Generalstreik bedeute die einzige Rettung aus der wirtschaftlichen Not! Unterschiede der Partei spielten keine Rolle, denn die Not sei

allgemein. Verhandlungen zwischen den einzelnen Gewerkschaftsverbänden hätten ein günstiges Resultat gezeigt. Es gäbe nur noch eine Partei der Arbeitnehmer, die von der entwerteten, deutschen Mark leben müßten, und eine Partei der Arbeitgeber, die Devisen besäßen, und ein Interesse daran hätten, die Inflation so lange als möglich auszudehnen, um riesenhafte Gewinne zu erzielen. Der Generalstreik würde diesen Herrschaften beweisen, daß ihre Macht an dem unbeugsamen Willen der Arbeiter zerbrechen müßte.

Ungeheurer Jubel erhob sich. Die Qual langer Monate machte sich explosionsartig Luft. Der Redner schloß mit der Vorlesung einer Resolution des Inhalts: „Am übernächsten Tage ruht die ganze Arbeit im Freistaat. Eine Kießendemonstration in den Mittagsstunden wird den Arbeitgebern den Willen der Arbeiterschaft und der Angestellten dokumentieren.“

Die Versammlung ging ruhig auseinander.

Es weiterleuchtete bereits nachts in den Restaurants und Bars bei der Bildung der Spätkurse. Man erlebte seit langer Zeit zum erstenmal große Schwankungen bei allen Werten. Sogar der Dollar ging beträchtlich zurück. Aber es dauerte nur eine Stunde, dann stürzten sich wieder die Hausierer mit den feinen Spürnasen auf die wankende Größe und brachten sie in kurzer Zeit weit über den alten Stand. Nur Reis sank und sank.

Am Morgen klebten an allen Ecken der Stadt die Aufrufe zum Generalstreik und erschreckten verträumte, ehrenhafte Bürger, die gerade wieder ihre geschäftliche Konjunkturarbeit wieder aufnehmen wollten.

Schon um sieben Uhr stand eine lange Reihe von Frauen und alten Männern vor einer Verkaufsstelle des Senats, wo es Heringe zu niedrigen Preisen gab. Allerdings waren es Heringe, die in normalen Zeiten in Norwegen an Schweine verfüttert wurden, ein schlechtes Beruhigungsmittel in dieser überreizten Zeit.

Dicht neben der Verkaufsstelle lag ein Schlächterladen. In den Wagen eines großen Hotels wurden Kalbskeulen und Filetstücke eingeladen, zartes, appetitliches Fleisch, das die meisten der Wartenden nur noch vom Hörensagen kannten. Gierige Augen aus grauen, eingefallenen Gesichtern umklammerten die Stücke, wollten sich daran festsaugen. Es lebten also noch immer Menschen, die sich den Luxus von Fleisch leisten konnten, und vielleicht sogar täglich ein paar Male.

Verhungerte Gestalten standen dort, in der Hoffnung, billige Heringe zu erhalten. Dort standen sie, und vor ihren Augen lockte der Schlächterladen, in dessen Schaufenster Schinken, Würste und ein Rippenspeer ein allzu verlockendes Stilleben bildeten.

Niemand konnte sagen, wie es gekommen war. Ein Stein prasselte in die Scheibe. Die Masse drang in den Laden; er war in wenigen Augenblicken ausgeräumt. Auf der Straße wälzte sich ein Menschenknäuel.

*

Die Geschäfte waren „lustlos“. Der Druck auf die Stadt wurde immer stärker. Die Makler kamen zu keinen Abschlüssen. Es gab nur Sprechkurse, denen eine subjunctive Unterlage fehlte. Die Handelskammer hatte schon am Vormittag zu einer besonders wichtigen Sitzung eingeladen. In den Kontoren der großen Häuser und Banken wurde die eine Frage ventiliert: Was wird morgen werden? Wer wird Sieger bleiben?

Die Besitzer der Wechselstuben beschloßen einmütig, während des ganzen Tages die eisernen Jalousien herunterzulassen. Sie studierten Landkarten und Fahrpläne. Sie waren schon dabei, neue Wirkungsstätten zu entdecken. Paris lockte am Horizont. Der französische Franc hielt sich nur noch in labilem Gleichgewicht.

Rabinowitsch war so nervös geworden, daß er für zwanzig Dollar den gestrigen Schluschkurs nahm. Zu spät entdeckte er den Irrtum, der ihm einen hundertprozentigen Verlust eingebracht hatte.

Auch die Börse kam zu keinem Resultat. Selten waren die Spannungen zwischen Geld- und Briefkurs so groß gewesen wie an diesem Tag.

Eine neue Macht hatte sich angekündigt, eine Macht, die man im Orange der Hausse-Geschäfte vergessen hatte. Da unten waren also Menschen, die von der deutschen Mark leben mußten. Was es hieß, davon zu leben, hatte die großen Geister bisher kalt gelassen.

In der Handelskammer und im Senat herrschte Verwirrung. Man war sich darüber klar, daß die Demonstration ohne Vorbehalt gestattet werden mußte, um noch größerem Unglück vorzubeugen.

Mastischew, der bei der Ankündigung des Generalstreiks sein Damaskus durchgesehen hatte, riet zur Verständigung.

Die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung

Die Regelung, die die Arbeitslosenversorgung in der Notverordnung findet, ist von einer außerordentlichen Härte. Dies gilt für die entscheidenden Teile der neuen Regelung, nämlich die ungeheuren Abstriche an den Unterstüzungen, die heute völlig sinnlose Beseitigung der neunwöchigen Schutzfrist für den Facharbeiter wie von der Einführung der Pflichtarbeit für alle Arbeitslosen und die Beseitigung der bisherigen Schranken für die Pflichtarbeit in einer Zeit, wo Millionen nach Arbeit schreien. Das gilt ebenso für die Wiedereinführung der Bestimmung, daß die Lohnklasse sich nicht aus den letzten 26, sondern aus den letzten 13 Wochen berechnet. Diese 13wöchige Berechnungsperiode war früher eine sehr vernünftige Regelung. Heute führt man sie jedoch nur deshalb wieder ein, weil dadurch immer die letzten Lohnsenkungen auch die Lohnklasse senken. Kleinlich ist obendrein die Bestimmung, wonach der Vorstehende von sich aus anordnen kann, daß gelegentlich auch statt 13 wiederum 26 Lohnwochen die Lohnklasse bestimmen, nämlich dann, wenn sonst etwa doch ausnahmsweise einmal eine höhere Lohnklasse herauspringen könnte. Kleinlich ist die Bestimmung, daß verheiratete Frauen nur unterstützt werden können, wenn ihre „Bedürftigkeit“ feststeht, obwohl der gleiche Zweck schon bisher weitgehend durch den § 75a und durch die Anrechnung des Einkommens der Ehegatten erreicht wurde. Derhängnisvoll ist die Bestimmung, die künftig den Hauswirt auf das Arbeitsamt heßt, damit dieses als Pfändungsinstitut dem Hausbesitz zuliebe rückständige Mietbeträge von der sonst als unpfindbar erklärten und obendrein stark gekürzten Unterstüzung abzieht. Boshaft und das Arbeitsrecht verlegend ist, daß künftig alle auf Grund des Betriebsrätegesetzes gezahlten Entschädigungen und Abfindungen voll auf die Unterstüzung anzurechnen sind.

Kleinlich und kurzichtig ist die Bestimmung, wonach Krisenunterstüzung zurückgezahlt werden muß. Kein Mensch glaubt, daß von den Millionen armer Teufel, die mehr als ein halbes und oft mehr als ein ganzes Jahr arbeitslos sind, je die Krisenunterstüzung zurückgezahlt wird oder werden kann.

So weit eine Reihe der Bestimmungen, die mit dem eigentlichen Finanzproblem kaum etwas zu tun haben, die aber deutlich den kleinlichen, schikanösen Geist zeigen, der sich in der „Reform“ der Arbeitslosenversorgung betätigt.

Um dieses Problem der Finanzierung der Arbeitslosenversorgung handelt es sich. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes läßt vermuten, daß bei einem Beitrag von 6½ Proz. in der Arbeitslosenversicherung ein Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 1931 von etwa 400 Mill. Mk. entsteht. Der Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge ist mit etwa 250 Mill. Mk. einzuschätzen. Die Notverordnung geht davon aus, daß von der Einnahmeseite her der Arbeitslosenversicherung nicht geholfen werden kann. Der Ertrag der Krisensteuer soll vornehmlich zur Deckung der für die Krisenfürsorge fehlenden Beträge und mit etwa 140 Mill. Mk. zur Förderung der Arbeitsbeschaffung, in Wirklichkeit zur Subventionierung bestimmter Unternehmungen, dienen. Abgelehnt ist auch eine weitere Hinaussetzung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, so daß für die völlig auf sich gestellte Arbeitslosenversicherung 400 Mill. Mk. an den Ausgaben einzusparen wären. Dieses Ziel will die Notverordnung erreichen. Vom 1. Juli bzw. für die bisherigen Bezieher vom 13. Juli dieses Jahres ab soll allen Arbeitslosen die Unterstüzung ungeheuerlich gekürzt werden, für die mehr als 3 Millionen Bezieher von Arbeitslosenunterstüzung und Krisenfürsorge auf dem Wege über die Abänderungen der Arbeitslosenversicherung, für die eine Million Wohlfahrtserwerbslosen auf dem Wege über Eingriffe des Reichs in die Fürsorge-

pflichtverordnung. Diese Ersparungen sollen dadurch herbeigeführt werden, daß die Unterstüzungssätze sowohl in der Arbeitslosenversicherung wie in der Krisenfürsorge um 8 bis 13 Proz. heruntergesetzt werden. Die erste Erklärung der Regierung hatte irreführenderweise von einer „fünfprozentigen Kürzung des Einheitslohnes“ geredet. Tatsächlich senken sich die Unterstüzungssätze, wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich.

Da die Sätze für die Zuschlagsempfänger in derselben Höhe wie bisher bleiben, würde der in der Tabelle gezeigte Abzug in gleicher Höhe ledige und Familienväter treffen. Er trifft natürlich auch die Unterstüzten, die nach § 105a (Senkung der Lohnklasse, wenn in den letzten 52 Wochen Unterstüzung bezogen wurde) die gekürzte Unterstüzung beziehen, ebenso die Krisenunterstüzten.

Hinzu kommt, daß die Wartezeit ganz allgemein um eine Woche auf 14 Tage resp. 21 Tage verlängert wird, für kinderreiche Familien (4 und mehr Zuschlagsempfänger) von 3 auf 7 Tage, und daß sich bei vorausgegangener Kurzarbeit künftig die Lohnklasse dadurch senkt, daß nur Arbeitszeitverkürzungen bis auf weniger als 40 Arbeitsstunden vollgerechnet werden. Weiter tritt hinzu, daß grundsätzlich die Unterstüzung für Jugendliche bis zu 21 Jahren beseitigt wird, sofern ihnen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Betroffen werden von letzterem mehr als 120 000, wahrscheinlich sogar erheblich mehr, Unterstüzungsempfänger im Alter bis zu 21 Jahren.

Noch unmöglicher ist die Regelung der Unterstüzung bei den sogenannten Saisonarbeitern. Obwohl praktisch der früher gewohnte Begriff des Saisonarbeiters infolge der Wirtschaftskrise überhaupt fast völlig verloren ging, soll für mehr als ein Drittel aller Unterstüzungsbezieher die Unterstüzung noch weit über das oben dargestellte Maß hinaus verkürzt werden. Außerdem unterstehen auch nicht nur die Bauarbeiter der Saisonarbeiterregelung. Betroffen ist eine ganze Reihe von Berufen. Erinnert sei nur an die Steinarbeiter, die gesamte Ziegelindustrie, Eisenbahnarbeiter, Landarbeiter usw. Alles das sind Berufe mit geringen Löhnen und mit einer auch zurzeit beispiellos hohen Arbeitslosigkeit. Während bisher der Saisonarbeiter in der Zeit der sogenannten berufsüblichen Arbeitslosigkeit, d. h. für eine Spanne von 3½ Monaten im Jahre, die reduzierte Saisonarbeiterunterstüzung erhielt, soll er jetzt während des ganzen Jahres, also auch dann, wenn er in Massen in der Zeit der eigentlichen höchsten Saisonkonjunktur arbeitslos ist, nur die reduzierten Sätze erhalten. Obendrein werden diese Sätze noch erheblich verschlechtert gegenüber den bisher in der Saisonarbeiterunterstüzung geltenden Sätzen. Welche Abstriche man den Angehörigen dieser Berufe zumutet, zeigt die folgende Tabelle.

Ledige:				
Lohnklasse	Bisheriger Lohn Mark	Wird Lohnklasse	Gezahlt wird Mark	Mitlin weniger Mark
V	24—30	IV	statt 10,80 nur 8,82	1,98
VI	30—36	IV	„ 13,20 „ 8,82	3,38
VII	36—42	V	„ 14,63 „ 9,45	5,18
VIII	42—48	V	„ 15,75 „ 9,45	6,30
IX	48—54	VI	„ 17,85 „ 11,55	6,30
X	54—60	VI	„ 19,85 „ 11,55	7,30
XI	über 60	VI	„ 22,05 „ 11,55	10,50

Verheiratete mit Kindern:				
VI	30—36	V	statt 18,15 nur 13,50	4,65
VII	36—42	VI	„ 20,48 „ 16,50	3,98
VIII	42—48	VI	„ 22,50 „ 16,50	6,—
IX	48—54	VII	„ 25,50 „ 18,52	6,98
X	54—60	VII	„ 28,50 „ 18,52	9,98
XI	über 60	VII	„ 31,50 „ 18,52	12,98

Allerdings wird man davon ausgehen können, daß zahlreiche Saisonarbeiter schon zurzeit nicht die Vollunterstüzung beziehen. Teils ist ihre Unterstüzung nach § 105a gegenüber der Vollarbeitslosenunterstüzung erheblich gekürzt, weil sie in den letzten 52 Wochen vor der letzten Arbeitslosmeldung Arbeitslosenunterstüzung bezogen hatten oder sie sind als langfristig erwerbslos bereits in der Krisenfürsorge. Wird auch in diesen Fällen die Unterstüzung nicht in dem Maß herabgesetzt, wie die vorige

Lohnklasse	Einheitslohn Mk.	Bisherige Sätze		Jetzige Sätze		Mitlin weniger Mk.
		Prozent vom Einheitslohn	Mk.	Prozent vom Einheitslohn	Mk.	
I	8,—	75	6,—	70	5,60	0,40
II	12,—	65	7,80	60	7,20	0,60
III	16,—	55	8,80	50	8,—	0,80
IV	21,—	47	9,87	42	8,82	1,05
V	27,—	40	10,80	35	9,45	1,35
VI	33,—	40	13,20	35	11,55	1,65
VII	39,—	37,5	14,63	32,5	12,67	1,96
VIII	45,—	35	15,75	30	13,50	2,25
IX	51,—	35	17,85	30	15,30	2,55
X	57,—	35	19,85	30	17,10	2,75
XI	63,—	35	22,05	30	18,90	3,15

Tabelle es zeigt, so bleibt die grundsätzliche Reduzierung auf die Krisenfürsorgefälle ebenso unerträglich.

Darüber hinaus wird jede Rechtsgarantie für die Versicherungsleistung grundsätzlich dadurch beseitigt, daß künftig der Vorstand der Reichsanstalt die Pflicht haben soll, Einnahmen und Ausgaben durch selbständige Beschlüsse auszugleichen. Er kann auf Darlehensmittel nicht zurückgreifen und soll daher ermächtigt sein, gegebenenfalls den Beitrag zu ändern und die Unterstützung noch weiter zu verschlechtern. Er hat nur für seine Beschlüsse eine Grenze: er darf die Unterstützungsleistung nicht unter die Sätze der Krisenunterstützung senken. Er darf auch die Höchstdauer der Unterstützung kürzen.

Soweit die wesentlichsten Bestimmungen der Notverordnung. Es sind nicht alle. Hinzukommt die Absicht, die Heimarbeiter weitgehend aus der Versicherung herauszubringen, die Freizügigkeit dadurch einzuschränken, daß den aus den kleineren Orten in die größere Stadt Zugewanderten ein voller Unterstützungsanspruch erst dann zustehen soll, wenn er mindestens ein volles Jahr in dieser Stadt wohnhaft war. Ist diese Frist nicht erfüllt, so beschränkt sich der Unterstützungsanspruch nur auf 4 Wochen und den Rest der Unterstützung kann er nur im früheren Wohnort geltend machen. Die Notverordnung sorgt auch dafür, daß die zurzeit geltenden Bestimmungen über den Unterstützungswohnsitz dahingehend abgeändert werden, daß nicht etwa der dadurch in

seinem Versicherungsanspruch beschränkte Arbeitslose die gemeindliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen kann.

Diese Bestimmungen sollen im laufenden Haushaltsjahr (bis Ende März 1932) eine Einsparung von etwa 400 Millionen Mark ergeben. Daß angesichts der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzlage Opfer gebracht werden müssen, verkennet niemand. Aber das Opfer muß ein allgemeines sein. Diesen Weg geht die Notverordnung nicht. Sie belastet völlig einseitig Arbeiter und Beamte und sucht den Weg über eine einfach unmögliche Beschränkung der Sozialleistungen. Am meisten belastet sie die Millionen von Arbeitslosen, die Opfer einer von den Unternehmern betriebenen falschen Wirtschaftspolitik. Die Notverordnung schont auf der anderen Seite den Besitz, den sie zum Teil noch durch neue Subventionen unterstützt. Sie läßt die Landwirtschaft in weitem Umfang krisenstenerfrei und läßt die Arbeitslosen der Landwirtschaft außerdem weitgehend durch die Beiträge der Industriearbeiterschaft unterstützen, um zu gleicher Zeit eine gesamtwirtschaftlich immer verhängnisvollere Schutzpolitik zugunsten der Landwirtschaft zu treiben. Glaubt die Reichsregierung wirklich, auf diesem Wege die schwierige Lage Deutschlands überwinden zu können? So geht es nicht. Die Arbeitslosenversorgung läßt sich anders regeln, als die Bestimmungen der Notverordnung es wollen.

Der Rückschlag in der internationalen Sozialpolitik

Wie alljährlich, so legt auch in diesem Jahre der Direktor des Internationalen Arbeitsamts (IAA.), Albert Thomas, der Internationalen Arbeitskonferenz seinen Jahresbericht vor. Der beste Gradmesser zur Beurteilung der Fortschritte in der internationalen Sozialpolitik eines Jahres sind die in diesem Jahre erfolgten Ratifikationen von internationalen Arbeitsübereinkommen, die damit nach dem Vertrage von Versailles Gesetz in dem ratifizierenden Lande werden.

Seit Erscheinen des letzten Berichts des Direktors sind nur 38 Ratifikationen in den Registern des Völkerbundes neu eingetragen worden, während es in dem vorletzten Jahre 44 und in dem drittletzten Jahre gar 79 waren. Albert Thomas bezeichnet selbst in seinem Bericht dieses Ergebnis als mäßig. Der Erfolg des Jahres 1930 ist um so bescheidener, als von den 38 Ratifikationen 11 allein von dem Freistaat Irland getätigt wurden, so daß auf alle übrigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO.) nur 27 Ratifikationen entfallen.

Dieses magere Ergebnis veranlaßt den Direktor des IAA. zu folgender Warnung:

„Würden die Staaten die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen nicht mehr streng einhalten oder würden sie, was noch schlimmer wäre, zwar für eine förmliche Einhaltung, nämlich für Vorlage bei den Parlamenten ohne ein Bemühen um Ratifikation sorgen, so würden sie den Grundsatz der gegenseitigen Verpflichtung, der die Grundlage unserer Verfassung bildet, abschwächen und entwerfen und unsere Zukunft gefährden.“

Nach dieser Anklage wendet sich der Direktor in seinem Bericht gegen eine unberechtigte Kritik, die von den englischen Arbeitgebern am IAA. geübt wurde. Diese Kritik wirkte um so peinlicher, als diese Kundgebung der englischen Arbeitgeberverbände von dem englischen Arbeitgebermitglied des Verwaltungsrates des IAA. unterzeichnet wurde. Dem IAA. wird von den britischen Arbeitgebern vorgeworfen, daß es ihm bisher nicht gelungen sei, „übereinstimmende Mindestarbeitsbedingungen in der ganzen Welt zu schaffen und den unlauteren Wettbewerb zu beseitigen, dem fortgeschrittenere Länder (lies England!) auf dem Weltmarkt ausgesetzt sind“.

Thomas nennt diese Erklärung „ein offenes, rückhaltloses und unversöhnliches Verdammungsurteil“ und legt gegen die Ungerechtigkeit dieses Urteils Verwahrung ein. Er sagt:

„In den 10 Jahren seines Bestehens hat das IAA. niemals vergessen, daß der ständigen Organisation u. a. auch die Aufgabe gestellt ist, die sozial fortgeschrittensten Staaten gegen den unlauteren Wettbewerb rückständiger Staaten zu schützen. Es ist keineswegs dargelegt, daß die im Jahre 1919 geschaffenen Einrichtungen wirkungslos seien. Die Unmöglichkeit ist nicht bewiesen, auf diesem Wege die Arbeitsbedingungen, die in den fortgeschrittensten Staaten schon erreicht sind, zu schützen. Worauf es ankommt, das ist der Wille, sie in Gang zu setzen und die Hemmnisse zu überwinden, die ihrer Wirksamkeit im Wege stehen. Ist nicht auch unser durch 2 Jahre mit Zähigkeit fortgesetztes Bemühen um die Regelung der Arbeitszeit in den Bergwerken, die so unmittelbar zur Lösung der

Krise im britischen Bergbau beitragen könnte, ein Beweis dafür, daß die Organisation sehr wohl darauf bedacht ist, ihre Aufgabe zu erfüllen, selbst im Interesse derjenigen, die sie beanstanden?“

Thomas spricht in einem weiteren Teil seines Berichts über das erste und wichtigste der internationalen Übereinkommen, nämlich das über den Achtstundentag, das 1919 in Washington angenommen wurde. Er gibt seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß Deutschland und Großbritannien keinerlei Anstrengungen machen, ihr vor 18 Monaten gegebenes Wort einzulösen. Während Thomas für die schwierige innere Lage Deutschlands noch Verständnis hat, die bisher eine Ratifizierung nicht ermöglichte, so hat er für das unbegreifliche Zögern der englischen Arbeiterregierung keinerlei Erklärung. Er kann sein Erstaunen nicht verbergen, daß er von der Tagesordnung des Parlaments einen Gesetzentwurf verschwinden sieht, für den die gesamte Vorarbeit beendet war und in bezug auf den die Regierung alle früheren Schwierigkeiten überwunden zu haben glaubte.

Es ist nicht von ungefähr, daß nach diesen offiziellen Erklärungen des Direktors des IAA. sich die Vertreter der englischen Regierung und der englischen Arbeitgeber auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz ihrerseits heftig zur Wehr setzten, so daß wir augenblicklich eine Art Kriegszustand zwischen dem IAA. und der englischen Regierung und den englischen Arbeitgebern haben.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß der diesjährige Bericht des Direktors sehr pessimistisch gehalten ist. Er fragt sich, ob die großen Gedanken, die 1919 die Geister bewegte und wie ein heiliges Vermächtnis im Teil XIII des Friedensvertrages Aufnahme gefunden hatten, noch nicht in dem Maße Gemeingut geworden sind, um sozusagen zwingend den Regierungen die Reformmaßnahmen aufzuerlegen, die erforderlich sind. Ist die begeisterte Ueberzeugung der ersten Nachkriegszeit dahin? Hat der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit versagt?

Thomas macht vor allem die Weltwirtschaftskrise für den Rückschlag in der internationalen Sozialpolitik verantwortlich. Er erklärt, daß die Fortschritte leichter und rascher zu erzielen waren, als es der Wirtschaft gut ging, und sich langsamer vollziehen in Krisenzeiten. Die Ratifikationsziffern der letzten Jahre bestätigen diese Regel.

Der Direktor spricht dann über die internationale Wirtschaftskrise, ihr Ausmaß, ihre Ursache und über die Möglichkeiten der Abhilfe. Er empfiehlt als Mittel gegen die Krisis in den einzelnen Ländern den weiteren Ausbau der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung, Freizügigkeit der Aus- und Einwanderung und Vornahme von großen öffentlichen Arbeiten.

Dr. W. Wolff.

Die Zukunft der Elektrischen

In letzter Zeit ist mehrfach die Behauptung aufgetaucht, daß die Elektrische von anderen Verkehrsmitteln verdrängt werde. Man geht hierbei von der Voraussetzung aus, daß die zunehmende Produktion von Automobilen und Kraftträdern die Elektrische überflüssig macht. Da zudem in letzter Zeit die Omnibusse immer stärker in den öffentlichen Verkehr eingeführt worden sind, und auch der Bau von Untergrund- und Hochbahnen stark gefördert wird, so sieht man das Ende der Elektrischen schon kommen. Wie oberflächlich eine derartige Behauptung ist, erkennt man am besten daran, daß sich die Elektrische immer mehr ausbreitet, und daß man sie heute selbst in den Ländern einführt, wo sie bisher nur dem Namen nach bekannt war. Nicht der Untergang kann der elektrischen Straßenbahn, sondern eine glänzende Zukunft prophezeit werden.

Abgesehen von dem im 19. Jahrhundert vorgenommenen Bau von elektrischen Straßenbahnen, hat die eigentliche Aufschwungszeit der Elektrischen erst im 20. Jahrhundert eingesetzt. In der Zeit nach dem Jahre 1900 sind elektrische Straßenbahnen wie Pilze aus der Erde geschossen. Die Städte und Länder weitestgehend miteinander in dem Bau von elektrischen Straßenbahnen. Die in der Welt vorhandene Gleislänge der Straßenbahnen betrug im Jahre 1900 erst 38 000 Kilometer. Ein erheblicher Teil der Straßenbahnen war bis dahin noch auf Dampfbetrieb eingestellt. In Italien hatten von 166 Linien 89 Dampfbetrieb. Der starke Anteil der Dampfstraßenbahnen an dem Gesamtbestand hat verschiedene Ursachen. Einmal verursachte der Bau solcher Bahnen geringere Kosten und zum anderen hatten sie bei der Befahrung von weiten Strecken gegenüber den elektrischen Bahnen den Vorzug der größeren Rentabilität. Man muß sich vergegenwärtigen, daß damals die Uebertragung der Elektrizität durchaus nicht so einfach und leicht war. Zudem bestand aber auch ganz allgemein die Abneigung gegen die Elektrizität, die durch viele Unfälle noch gesteigert wurde. In Preußen sind im Jahre 1905 insgesamt 920 Straßenbahnunfälle mit Verletzungen und Tötungen vorgekommen. Nach jedem solchen Unfall wurde sofort gegen den elektrischen Betrieb Stellung genommen. Die Schuld hatte nicht der elektrische Betrieb, sondern die noch völlig unvollständige Bremsvorrichtung. Erst ganz allmählich brach die bessere Einsicht durch. Aus den Städten selbst verschwand bald der Dampfbetrieb, nur noch in den Außenbezirken hielt man an ihm lange Zeit fest und namentlich die Verbindungslinien, die zwischen den einzelnen Vororten und Städten bestanden, waren ganz auf Dampfbetrieb eingestellt.

Wie groß die Verbreitung der Elektrischen augenblicklich ist, darüber gibt es keine stichhaltigen Angaben. Es muß hier vermerkt werden, daß es eine Weltstatistik über die elektrischen Straßenbahnen überhaupt nicht gibt. Es ist dies um so mehr zu bedauern, da es sich hier zweifellos um ein Verkehrsmittel handelt, das jährlich eine große Anzahl von Personen befördert. Im Gegensatz hierzu ist der Bestand an Kraftfahrzeugen, Handelschiffen, Eisenbahnen und selbst die Verkehrsleistungen der Luftfahrt in Zahlen festgehalten. Wohl geben die einzelnen Kommunen die Leistungen der Straßenbahn bekannt, aber diese Bekanntmachungen erfolgen nicht überall periodisch. Deutschland ist darin immerhin sehr weit vorgeschritten, in vielen anderen Ländern ist die Statistik darin äußerst mangelhaft. Schätzungsweise dürfte die Gleislänge der gesamten elektrischen Straßenbahnen der Welt heute rund 300 000 Kilometer betragen, davon entfällt etwa ein Drittel auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Vergegenwärtigt man sich dagegen den Stand der Elektrischen zu Anfang des 20. Jahrhunderts, so ergibt sich daraus ein ganz gewaltiger Aufschwung. Dieser spricht zweifellos nicht dafür, daß die Elektrische dem Untergang geweiht ist. Als städtisches Verkehrsmittel wird die Elektrische auch künftig noch weiter an Ausdehnung zunehmen. Dagegen läßt sich nicht leugnen, daß in der Außenverbindung der Omnibus die Führung an sich reißen wird. Die Anfänge dazu liegen bereits vor. Durch die Einrichtung von Kraftlinien, die in den Verkehr zwischen den einzelnen Städten und größeren Ortschaften gestellt werden und Verbindung zu den wichtigsten Eisenbahnstationen haben, wird die Elektrische überflüssig für den städtischen Außenverkehr gemacht. Hier spielen die Baukosten die größte Rolle. Mit dem Kraftwagen kann man die vorhandenen Straßen, die oftmals zweifellos in keinem erfreulichen Zustande sind, befahren, während man für die Elektrische

erst eine Fahrtrasse schaffen muß. Abgesehen von der Legung der Schienen und der Leitung würde sich auch der Erwerb von Land- und Baufläche nötig machen. Die Straßen sind zu schmal, sie kommen für den Bau der Elektrischen zumeist kaum in Frage. Baut man aber die Straßenbahn neben der Straße, wie es vielfach geschieht, so bleibt nichts weiter übrig, als von den in Frage kommenden Besitzern den dazu erforderlichen Streifen Land zu erwerben, und diese verlangen in diesem Falle das Doppelte oder Dreifache desjenigen Betrages, den sie sonst bekommen würden. So stellt sich der Bau erheblich teuer. Aber als Verkehrsmittel innerhalb der Stadt und ihrer engeren Außenbezirke ist die Elektrische trotz aller Gegenäußerungen vorerst immer noch das beste Verkehrsmittel. Es ist nicht wahr, daß sie ein größeres Verkehrshemmnis als das Auto ist. In Städten, wo man die Straßenbahn in der City nicht mehr kennt, wo der Verkehr im Innern der Stadt ausschließlich vom Kraftwagen bewältigt wird, dort sind die Verkehrshemmnisse nicht geringer.

So liegen durchaus keine Gründe vor, der elektrischen Straßenbahn eine ungünstige Prognose zu stellen. Das Gegenteil läßt sich behaupten. Im 20. Jahrhundert wird die elektrische Straßenbahn als Verkehrsmittel auf jeden Fall noch eine große Rolle spielen. Wenn hierbei auf die gleichlaufenden Konkurrenzverhältnisse bei der Eisenbahn und dem Kraftwagenverkehr hingewiesen wird, so liegen doch die Dinge bei der Elektrischen wesentlich anders. In der City der großen Städte kommt der Kraftwagen oft kaum schneller vorwärts als die Elektrische. K.

Unser Jugendheim in Bad Sulzbach

Unser Gesamt-Verband hatte Partei- und Gewerkschaftsmitglieder des Renthales und Mittel-Badens zu der Eröffnungsfeier und zur Beschäftigung des Jugend- und Ferienheimes Bad Sulzbach zu Pfingsten eingeladen. Die himmelhochstrebenden Tannen des Schwarzwaldes und herrlicher Sonnenschein lockte alle die im Geiste mit uns Verbundenen nach dem neuen Heim.

Kollege Schwarz, Mannheim, begrüßte im Namen des Verbandsvorstandes den 76jährigen Parteiveteranen Gek aus Offenburg, die „Roten Falken“ aus Straßburg, den Arbeitergesangsverein Oberkirch und den Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“, Oberkirch.

Bekanntlich hat im September 1929 der ehemalige Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter das Thermalbad Sulzbach käuflich erworben und in den letzten Jahren umgebaut und renoviert. Jetzt hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, auch ein Jugendheim dem Ferienheim anzugliedern, das der Partei- und Gewerkschaftsjugend Gelegenheit zur Einnahme und Uebernachtung gibt. Einrichtungen und Anlagen dieses Erweiterungsbauwerkes sind modern und hygienisch einwandfrei gehalten. Die Umgebung des Hauses, das in großem Umfange eigenen Grundbesitz an Wald und Feld hat, bietet vom Schönen, was der Schwarzwald zeigen kann. Ueberall in der Umgebung ist Gelegenheit zur körperlichen Erholung und zur geistigen Sammlung gegeben. Der Wanderer kann von hohen Bergen herunter die Wasserläufe verfolgen, die sich wie Silberfäden durch die Täler ziehen, oder er kann am Bächlein der Wiesen entlanggehen und die Naturschönheiten bewundern. Unter großen finanziellen Opfern hat der Gesamt-Verband das Haus erworben und um- und ausgebaut. Es soll nun ein Ort zur Erholung der organisierten Arbeiterschaft sein, in dem die Kräfte gesammelt werden zu weiteren Kämpfen.

Genosse Wanger von den „Roten Falken“ in Straßburg überbrachte die Grüße der Sektion Frankreich der Internationalen Arbeiter-Jugend und beglückwünschte den Gesamt-Verband zu seinem Jugendheim. Lebhaften Beifall fand seine Forderung, sich rücksichtslos gegen die Bestrebungen der Nationalisten zu wenden, die ein neues Völkermorden heraufbeschwören wollen.

In der Festrede betonte Genosse Gek, daß in dem Heim alle Voraussetzungen zur körperlichen Stärkung für den Kampf um eine bessere Zukunft gegeben seien. Die Heilquellen in Bad Sulzbach, die von bürgerlicher Seite seit Jahrhunderten gern besucht werden, mögen auch der Heilung der Schaffenden dienen. Das Ferien- und Jugendheim Bad Sulzbach möchten wir allen Kollegen, die es irgendwie ermöglichen können, zum Ferientausch dringend empfehlen. Anmeldungen nimmt der Verwalter, Kollege Häuser, Bad Sulzbach, Baden, entgegen. Schwarz.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Im Aelterenrat des Reichstages stimmten anlässlich der Verhandlungen um die Notverordnung für die Einberufung des Reichstages nur die Deutschnationalen, Nationalsozialistische, Wirtschafts- und Landvolk-Partei sowie die SPD. mit insgesamt 265 Stimmen, während 289 für die Mehrheit erforderlich gewesen wären. Auch die Einberufung des Haushaltsausschusses wurde abgelehnt gegen die Rechts- und Linksdritten.

Auf 1000 Millionen Reichsmark erhöhten sich die Devisenverluste der Deutschen Reichsbank infolge der ungeheuren im Laufe von zwei Wochen an diese gestellten Devisenforderungen. Die Reichsbank erhöhte daraufhin den Diskontsatz um 2 Proz.

Ein Kredit von 250 Millionen Reichsmark ist von deutschen Banken dem Reich gewährt worden. Es handelt sich um einen sogenannten reinen Kassenkredit gegen Schatzanweisungen des Reiches.

Regierungskurz in Oldenburg. Infolge Annahme eines Misstrauensantrages der Nationalsozialisten, dem auch die Deutschnationalen und die Kommunisten zustimmten, trat die oldenburgische Regierungsverwaltung zurück. Zentrum und Sozialdemokratie enthielten sich der Stimme.

Regierungskrise in Oesterreich. Infolge verschärfter Finanzschwierigkeiten und eines aus diesen entstandenen Konfliktes zwischen den Ministern des Innern und der Finanzen trat die österreichische Bundesregierung zurück.

Der Gegenbesuch der englischen Minister Mac Donald und Henderson in Deutschland ist auf den 17. Juli anberaumt.

Ein katastrophales Schiffsunglück infolge eines starken Sturmes forderte am 14. Juni an 500 Opfer einer Ausflugsgesellschaft von Mitgliedern einer Arbeiter-Konsumgenossenschaft in Nantes. (Frankreich.)

RUNDschau

Der Film „Im Westen nichts Neues“ für geschlossene Vorstellungen zugelassen. Der Kampf um den Film „Im Westen nichts Neues“ hat nun doch mit einem Erfolg geendet. Es hat viele Monate gedauert, bis das Urteil der Filmprüfstelle korrigiert wurde. Die gesamte republikanische Presse wie die Gewerkschaftsorgane haben mit leidenschaftlichen Worten die öffentliche Aufklärung des Films verteidigt, bis endlich der Reichstag durch eine Novelle zum Lichtspielgesetz die Aufführung verbotener Filme unter gewissen Voraussetzungen ermöglichte. Auf Grund dieser Situation stellte die Universalfilm-Aktiengesellschaft den Antrag, den Film „Im Westen nichts Neues“ für geschlossene Vorstellungen zuzulassen. Infolge dieses Antrages wurde am Montag, dem 8. Juni, der Film erneut der Filmprüfstelle Berlin unter Vorbehalt der Regierungsrats Zimmermann vorgeführt. Nach zweistündiger Beratung hat dann die Kammer folgende Entscheidung gefällt:

„Der Filmstreifen wird zur Vorführung im Deutschen Reich zugelassen, darf jedoch nur den geschlossenen Körperschaften des Reiches und der Länder sowie in geschlossenen Veranstaltungen der nachstehend genannten Organisationen vorgeführt werden. Zu diesen Vorstellungen haben nur Mitglieder der betreffenden Organisationen und deren Familienangehörige Zutritt, deren Vorstände einen ordnungsmäßigen Verlauf der Veranstaltungen gewährleisten:

1. Verbände und Vereinigungen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen,
2. Verbände, Arbeitsgemeinschaften und andere Vereinigungen, die dem Zweck des internationalen Friedens dienen,
3. Berufsverbände, Berufsvereine, Standes- und Bildungsvereinigungen.

Ausgeschlossen sind Vereinigungen, die sich zum Zwecke der Vorführung des Bildstreifens bilden. Vor Jugendlichen darf der Bildstreifen auch im Rahmen der vorstehend bezeichneten geschlossenen Veranstaltungen nicht vorgeführt werden.“

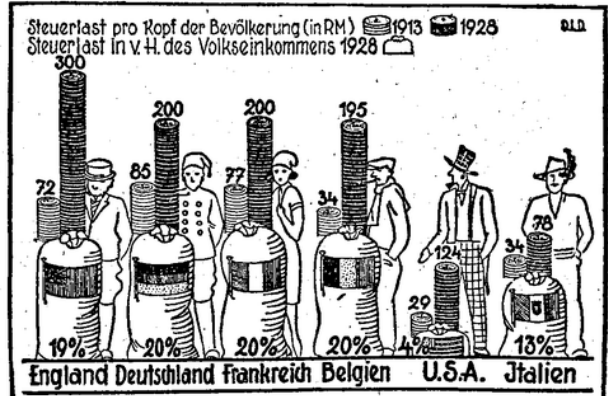
Diese Entscheidung der Filmprüfstelle bringt der gesamten Arbeiterschaft eine Genugtuung; ist doch dadurch jetzt die Möglichkeit geschaffen, in gewerkschaftlich und politisch organisierten Bevölkerungskreisen den Film vorzuführen, ohne Gefahr zu laufen, daß die Vorstellung durch Nazihorden gestört wird. Es wird nun Aufgabe der Organisationen und Parteien sein, den Film den ihnen angeschlossenen Kreisen zugänglich zu machen. Die Bevölkerung wiederum muß dafür sorgen, daß bei der Vorführung des Films ein Massenbesuch vorhanden ist.

Protest der Kriegssopfer. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten hat in seiner Sitzung vom 9. Juni 1931 zu den Bestimmungen der 2. Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 Stellung genommen. Er stellt mit größtem Befremden

fest, daß trotz aller Proteste Hunderttausende von Kriegssopfern und trotz nachdrücklicher Warnungen der Organisationen der Städte und Gemeinden sowie der Tagespresse die durch Blut erworbenen Rechte der Kriegssopfer in einer untragbaren Weise angegriffen worden sind. Die Notverordnung übertreibt alle Befürchtungen. Insbesondere trifft sie die Zusatzrentenempfänger, die „Leichtbeschädigten“, die Arbeitslosen, die Bewohner ländlicher Gegenden und die in öffentlichen Diensten stehenden Versorgungsberechtigten in einem nicht zu verantwortenden Ausmaß. Der Bundesvorstand protestiert auf das nachdrücklichste gegen die neuen Abbaumaßnahmen. Er ersucht den Reichstag, alsbald in eine Nachprüfung der Notverordnung einzutreten und die unerträglichen Bestimmungen zu beseitigen. Dabei sind die im Reichsbund vereinigten Kriegssopfer der Auffassung, daß es trotz aller Schwierigkeiten noch Möglichkeiten genügend gibt, den Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden zu sichern, ohne in die von der Reichsregierung und vom Reichstag selbst wiederholt als unzulänglich anerkannte Versorgung und Fürsorge einzugreifen.

Einheitsfront der deutschen Arbeiterkämpfer gegen kommunistische Spaltungsversuche. Eine neue Spaltungsaktion der KPD richtet sich gegen den Deutschen Arbeiterkämpferbund. Daß dieser Angriff eröffnet wird, ausgerechnet inmitten der die Arbeiterschaft in jeder Beziehung schon hart treffenden Wirtschaftskrise, kennzeichnet sein Wesen am allerdeutlichsten. Es bestanden zwar schon seit Jahren die beiden kleinen Gruppen: Der Freie Arbeiter-Sängerbund und die Freie Sängergemeinschaft, in diesem Jahre kam dann der Arbeiter-Sängerbund (Opposition) hinzu, doch jetzt will eine besondere Zentrale, die „Kampfgemeinschaft der Arbeiterkämpfer“, Sitz Berlin, Münzstraße 24, das Zerstörungswerk vollbringen. Unter sich können die Kommunisten also keine Einheit schaffen, aber sie glauben, die bestehende Einheit der Arbeiterkämpfer, den „DAS“, zerschlagen zu können. Seit vier Jahrzehnten hat dieser ideologisch und praktisch der proletarischen Masse den Weg zur Kunst erkämpft. Kinder-, Jugend-, Frauen-, Männer- und gemischte Chöre schaffen gemeinsam an dem Werke, dem Volk die Kunst durch das Volk zu erringen. Unter schweren Opfern wurde ein Liedverlag aufgebaut. Wer das in harter Arbeit Erreichte der proletarischen Sängerbewegung erhalten und vertiefen will, stellt sich überzeugt in die Einheitsfront des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes gegen die kommunistischen Spaltungsversuche.

Steuerlast und Volkseinkommen. Internationale Vergleiche der Steuerlast sind nie ganz richtig, denn die Art der Lastenverteilung ist in den einzelnen Ländern ganz verschieden. Wir erinnern nur daran, daß in England höchstens ein Drittel der Bevölkerung überhaupt nur direkte Steuern bezahlt, während in Deutschland fast 85 Proz. zur direkten Steuerzahlung herangezogen werden. Dann aber spielt vor allen Dingen das Volkseinkommen eine große Rolle. Jeder Amerikaner, der geboren wird,



hat einen dreimal größeren durchschnittlichen Anteil am Volkseinkommen als jeder Europäer. Berechnet in Vorkriegswerten hat 1929 jeder Amerikaner 12 000 Mk. Vermögen im Gesamtdurchschnitt, jeder Deutsche aber höchstens 4000 Mk., jeder Franzose nahezu 6000 Mk. Wer mehr besitzt, kann mehr bezahlen. Aber auch das Volkseinkommen ist grundverschieden. Berechnet in Vorkriegsmark werden pro Kopf der Bevölkerung in USA. etwa 2400 Mk. eingenommen. In Großbritannien etwa 1200 Mk., in Deutschland aber höchstens 800 Mk. So erklärt es sich, daß bei den europäischen Staaten ein Fünftel des Volkseinkommens als Steuern erhoben werden, während in den Vereinigten Staaten nur ein Fünfundzwanzigstel der Anteil der Steuerlast am Volkseinkommen ist. Im Verhältnis zur Vorkriegszeit ist die Steuerlast in allen europäischen Staaten und auch in USA. ganz beträchtlich, meistens auf das Drei- bis Vierfache, gesteigert worden.